

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

17 (21.1.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeilen 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zeitungsplatzes, bei gleichzeitiger Werbung und bei Anzeigen außer Reich tritt o. Größere und Gerichte in Karlsruhe L. D. o. Schrift der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Raucherzeitung / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,80 Mark o. Einjahrespreis 10 Pfennig o. Erscheint 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. Waldstraße 28 o. Januar 1931 o. Volksfreund-Mitteilungen: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Doben, Jagdstraße 12; Kallert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 17 Karlsruhe, Mittwoch, den 21. Januar 1931 51. Jahrgang

Genfer Abrüstungsdebatte

Der deutsche Außenminister übt scharfe Kritik - Alle Außenminister fordern Abrüstung Werden jedoch auch Taten folgen?

Genf, 20. Jan. (Eig. Draht.) Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates begann mit einem öffentlichen Bericht des spanischen Senats, über die abgeschlossene Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission. Der Bericht empfiehlt, den Konventionensentwurf als einen Rahmen, der von der allgemeinen Abrüstungskonferenz ausgeführt werden müsse, fordert den Rat auf, über das Datum dieser Konferenz Beschlüsse zu fassen und erwähnt dazu den deutschen Vorschlag des 5. November 1931. Endlich soll der Rat Beschlüsse fassen über die Empfehlungen auf Festsetzung der Kontrollen für die Luftschiffahrt und die Lieferung von Statistiken über die bestehenden Rüstungen. Als Vorsitzender des Rates dankte

Sunderland-England

Der vorbereitenden Abrüstungskommission und dem Berichterstatter, worauf er in wirkungsvoller Rede an die Regierungen appelliert, mit der Abrüstung ernst zu machen. Tatsache sei, daß die Verantwortung für einen Fortschritt der Abrüstung weder auf der vorbereitenden Abrüstungskommission noch auf dem Rat ruhe, sondern auf den Völkern. Er erinnerte nochmals an die heiligen Verpflichtungen für die Abrüstung aus den Verträgen. Gemeinsame Abrüstung sei die wichtigste politische Frage und das untrügliche Zeichen für die ehrliebe Erfüllung der Ideen des Völkerbundes. Überall sehe man Arbeitslosigkeit, Armut und Verzweiflung und politische Unruhe. Die Abrüstung der Rüstungen allein sei ungenügend, es müsse eine deutliche Herabsetzung erfolgen.

Curtius-Deutschland

Wurde darauf aus: „Wie wir in Deutschland den Konventionensentwurf beurteilen, wissen Sie alle. Seit dem Inkrafttreten der vorbereitenden Abrüstungskommission mühen wir mit jedem Jahr immer mehr erkennen, daß der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziel entfernte. Trotz aller unserer Einmände wurde der Konventionensentwurf hinsichtlich der Abrüstung ein Stück um Stück derjenigen wesentlichen Elemente beraubt, die zu einer wirklichen Abrüstung gehören würden. Das Abrüstungsproblem, das so entstand, läuft höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Rüstungsstandes hinaus. Zum Teil würde es sogar noch eine Erhöhung dieses Rüstungsstandes erlauben. Dabei hat sich schon im Frühjahr dieses Jahres der deutsche Vertreter auf Weisung der deutschen Regierung von dem Programm der Mehrheit der Kommission loslösen müssen. Die Kommission ist schließlich so weit gegangen, diesen in sich völlig ungenügenden Entwurf noch von vornherein zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns vertrautlich anerkannten Entwurfsstandes. So war es selbstverständlich, daß wir das Ergebnis der Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnten. Die kommende Konferenz wird nur dann annehmbare Resultate zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einsetzung von Ziffern geht, die jetzt vorgeschlagenen Methoden durchgreifend revidiert. Sie wird sich ferner den ersten Grundsatz des Völkerbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder zu eigen machen müssen, und nicht Sicherheit gegen Unsicherheit stellen dürfen. Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Der Reichsanwalt Hermann Müller hat 1928 in Genf ähnliches gesagt. Immer wieder hat die deutsche Regierung diesen Grundsatz zu den Füßen geworfen. Graf Bernstorff hat noch vor sechs Wochen in diesem Saal für Deutschland vollständige Sicherheit verlangt. Ich billige und unterstütze seine Ausführungen ganz. Würde der Völkerbund diesen Grundsatz preisgeben, würde er in seiner Aufgabe versagen, die darin besteht, durch Abrüstung allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, würde seine Friedensaufgabe zerfallen, sein ganzes Dasein erschüttern, seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Abrüstungspflicht, so werden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemandem kann mehr an weltlicher Abrüstung gelegen sein, als dem deutschen Volke.“

Grandi-Italien

Beschloß den Entwurf als völlig ungenügend. Der Stand der Rüstungen sei die Ursache der Unsicherheit. Niemand könne an eine Verschiebung des Datums der Konferenz denken angesichts der Last, mit der die Rüstungen auf dem Haushalt der Staaten mit ihren Krisen und Arbeitslosenbeeren liegen.

Briand-Frankreich

schloß sich für Frankreich der Rede Sunderlands an. Es sei unmöglich, daß die Abrüstung nicht gelingen könne, die eine heilige Pflicht darstelle. Er habe sich nie den pessimistischen Stimmen über die undankbare Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission angeschlossen. Die Bestimmungen hätten von ihr schon die absolute Lösung verlangt. Sie hat uns den relativen Rahmen für eine erfolgreiche Arbeit der Konferenz gebracht. Die oft verordnete Sicherheit sei ein untrennbares Element in der Abrüstung. Es liege ein moralisches Problem, ob sich ein Volk seiner Soldaten begeben oder nicht. Deshalb müsse man den Hah töten. Man müsse mit Zurecht und Vertrauen an die Arbeit gehen, reale Fortschritte zu erreichen. Es werde nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müßten. Das Datum müsse festgesetzt werden auf den möglichst frühesten Zeitpunkt. Trotz der gesamten gehörten

Vorbehalte müsse mit gutem Willen und Vertrauen an die Arbeit gegangen werden. Es handle sich nicht nur um eine Beengensung, sondern auch um eine Verminderung der Rüstungen. Man habe das kriegerische Geschrei in manchen Ländern übertrieben ernst eingeschätzt. Das seien nur Ausbrüche des Leidens gewesen. Die Völker forderten Opfer und die Abrüstung und gingen also mit guter Meinung zur Konferenz.

Nach Zustimmung von Japan, Irland und Jaleffi, der für Polen gleichzeitig die Annahme der Fakultativklausel des Saager Gerichtshofes verkündete, nahm der Rat den Bericht an und vertagte die weitere Aussprache der Abrüstungsfragen auf Donnerstag.

Einladung an Rußland bestätigt

Europadebatte und Agrarfrage

Genf, 20. Jan. (Eig. Draht.) In der Aussprache hat am Dienstag die Europadebatte mit 20 gegen 7 Stimmen die Entscheidung ihres Sonderkomitees angenommen, in der beabsichtigten Einladung, Rußland und die Türkei eingeladen werden, an den Wirtschaftsberatungen der Kommission teilzunehmen. Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Spanien und Jugoslawien stimmten dagegen.

Der Schluß der Aussprache über Curtius Wirtschaftsbericht brachte noch mehrere Reden, von denen die des deutschen Reichsaussenministers Curtius feststellte, daß die Empfehlungen der Wirtschaftsberatungen über den Abbau der Zölle auf Industriezweige durch Verhandlungen und autonom durchgeführt werden seien, dagegen nicht bei landwirtschaftlichen Zöllen, wo die Zollerhöhungen durch den Umbruch der Weltverhältnisse und die Produktionsbedingungen außeruropäischer Länder erzwungen seien. Curtius erklärte sich für den Präferenzplan der Donaufürstentümer, Deutschland als Staat, dessen Landwirtschaft unter der Kürzungsfrist und der Zinslast der anstehenden Kredite leide, sei an der Weltisierung des Agrarcredits in hohem Maße interessiert.

Weiterhin erklärte Curtius: Die deutsche Regierung sei durch den radikalen Umbruch der Weltverhältnisse hier zu Zollmaßnahmen gezwungen worden, um überhaupt die nackte Existenz ihrer eigenen Landwirtschaft zu erhalten. Die Gründe dieser für uns unvermeidlichen Politik der Zollerhöhungen liegen nicht in der Landwirtschaft der einzelnen europäischen Länder, sondern in der Weltwirtschaft mit einheitlichen Zahlungen und finanziellen Vorgängen zu führen geeignet seien. Wenn Deutschland seine Zahlungen erfüllen wolle, müsse es die Ausfuhr steigern und die Einfuhr verringern und es gebe für eine planmäßige Verringerung der Einfuhr kein anderes Mittel als die Entwidlung der einheimischen, in erster Linie der landwirtschaftlichen Produktion und die möglichste Fernhaltung entbehrlicher Güter.

Am Mittwoch wird im Auschuß im Anschluß an die Nachmittagsitzung des Rates die Europaunion hören, während vor der Vormittagsitzung des Rates die neue Kommission sich konstituieren wird.

Sind deutsche Triumphgesten berechtigt?

Kredithilfe wäre wichtiger

Dem SPD wird aus Paris geschrieben: Die Tatsache, daß man in Frankreich von dem bisherigen Verlauf der Genfer Tagung sehr wenig befriedigt ist, ist noch kein Beweis dafür, daß man in Deutschland Anlaß zur Freude und Genugtuung hätte. Wenn ein Teil der deutschen Presse die durch Grandi und Curtius erzwungene Zulassung Rußlands und der Türkei zu den Wirtschaftsberatungen des Europaausschusses um jeden Preis zu einem großen Sieg der deutschen Diplomatie anzuhaken versucht, so ist das eine ebenso billige wie nutzlose Mühe. Ob für das deutsche Volk viel damit gewonnen ist? Ob es für Deutschland nicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn der deutsche Außenminister die Energie, die er auf die Vertretung der russischen Interessen verwandt hat, daran gesetzt hätte, Frankreich und England zu einer Kredithilfe für Deutschland zu bestimmen, mit deren Hilfe die darniederliegende deutsche Wirtschaft hätte angelurbelt und die Arbeitslosigkeit gemildert werden können, ist eine andere Frage, deren Beantwortung man am besten denjenigen überlassen wird, die jetzt von einem „Triumph der deutschen Sache“ über Frankreich ständelieren.

Auf der anderen Seite hat gerade die Entwicklung der Dinge im Europaausschuß gezeigt, wie töricht das Geschwätz von einer alliierten Einheitsfront gegen Deutschland ist, mit dem ein großer Teil der bürgerlichen Presse seit Wochen die Öffentlichkeit alarmieren zu müssen glaubt. In den Verhandlungen des Europaausschusses hat Henderson auf Seiten der deutschen Delegierten gestanden und auch von französischer Seite ist die Diskussion lebhaft nach sachlichen Gesichtspunkten und ohne jede Spitze gegen Deutschland geführt worden. Auch im Völkerbundsrat haben sich die alliierten Delegierten bisher gegenüber Deutschland einer durchaus korrekten Haltung befleißigt, und selbst in der heißen Polenrede wurde, wie aus der Einstellung der französischen Presse unzweideutig hervorgeht, Dr. Curtius nur dann das Risiko laufen, allein dazustehen, wenn er sich durch Uebererpannung der deutschen Forderungen selbst isolieren würde.

Das Wirtschaftsprogramm der Nazis

Fritz Tarnow, M. d. R.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat ihren geistigen Inhalt aus wissenschaftlichen Erkenntnissen über die ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge gezogen. Bevor der „marxistische“ Sozialismus da war, gab es schon lange in vielfältigen Schattierungen den utopischen Sozialismus, der sich, in gefühlsmäßiger Auflehnung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, in Wunschträumen nach einer besseren Zukunft erging und dafür funktionslos ausgefallene „Systeme“ propagierte. Das historische Verdienst von Karl Marx war es, die Entwicklungsgesetze der Wirtschaft und der Gesellschaft aufzudeckend und das Proletariat gelehrt zu haben, von hier aus die sozialökonomische Umwälzung in Angriff zu nehmen.

Die utopischen Bewegungen sind gekommen und wieder vergangen. Manche endeten im Zusammenbruch ihres eigenen Systems, das sie der Welt vorzuführen wollten, um sie zu überzeugen. Immer erwies sich das „System“ als eine Utopie, als eine Seifenblase, die nur solange schillerte, bis sie an den harten Tatsachen der ökonomischen Wirklichkeit zerfiel. Geliebt sind der wissenschaftliche Sozialismus und die auf seiner Grundlage erbaute internationale Arbeiterbewegung, die aus der Tiefe hervorstiegen auf einer den ganzen Weltball umspannenden Macht. In ihr lebt die sichere Ueberzeugung, daß die sozialistische Gesellschaft kommen wird, aber sie hält sich frei von der Illusion, als ob ökonomische Systeme einfach „gemacht“ werden könnten.

Wenn man der Nazi-Bewegung überhaupt sozialistische Ideen zuschreiben will, gehören sie zweifellos auf das Gebiet des utopischen Sozialismus. Von Haus aus war es die nationalsozialistische Propaganda, die sich diese Bewegung aneignete. Aber der Zwang zur ökonomischen und sozialen Stellungnahme ist für jede politische Partei so stark, daß auch Hitler nicht umhin konnte, nach einem solchen Programm Umschau zu halten. Sein Untertan führte ihn in einem Vortrag des Ingenieurs Gottfried Feder, der — obwohl oder vielleicht gerade weil er unbeschwert von allen volkswirtschaftlichen Kenntnissen — gerade damit fertig geworden war, ein sozialökonomisches System zu erfinden. Adolf Hitler, froh, so schnell etwas nach seiner Meinung Brauchbares gefunden zu haben, gab Gottfried Feder allpolelig den Auftrag, ein nationalsozialistisches Programm anzufertigen, etwa so, wie man bei einem Schneider einen Anzug bestellt. Seit dieser Zeit müssen die bedeutendsten Nazi-Propagandisten einen Sozialismus predigen, den der eigene Erzeuger Gottfried Feder im Reichstag kürzlich gegen den Verdacht verteidigen mußte, daß er sozialistische Tendenzen enthalte.

Das heißt, Herr Feder erklärte, zur Verhütung der kapitalistischen Geldgeber, die Nationalsozialistische Partei, habe keine sozialistische Tendenz, und er sprach damit sicher die Wahrheit aus, soweit es sich um die Ansicht der Führung handelt. Ob nicht unter den Anhängern eine breite Schicht nur deswegen dabei ist, weil sie an die sozialistischen Phrasen der Nazi-Redner glaubt, das ist freilich eine andere Frage. Und wenn Herr Feder das von ihm hergestellte Programm seiner Partei überhaupt versteht, wird er auch darin die sozialistische Tendenz schwerlich leugnen können.

Das Kernstück dieses Programms ist bekanntlich die „Brechnung der Zinsnechtheit“. Karl Marx forderte die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, und er machte klar, daß das nur möglich sei durch die Aufhebung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, durch die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Herr Feder aber hatte den Auftrag, einen antimarxistischen Sozialismus zu erfinden, indem das kapitalistische System erhalten bleiben, aber die kapitalistische Ausbeutung aufhören soll. Das ist eine unmögliche Aufgabe nicht lösen konnte, gereicht ihm sicher nicht zum Vorwurf. Die Scheinlösung aber, auf die er in seiner Not verfallen ist, enthüllt ihn als einen volkswirtschaftlichen Laien von so primitiver Naivität, daß man sich erschreckt fragt, ob denn in dieser nun so großen Nazi-Bewegung nicht ein einziger Mensch von durchschnittlicher Intelligenz ist, der dafür sorgt, daß der Ballast des Federischen Blödsinns über Bord geworfen wird.

Wie macht man es, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln unantastet zu lassen und dennoch die Ausbeutung der Arbeitskraft zu verhindern? Ganz einfach: man nenne den Besitz an Produktionsmitteln „schaffendes“ Kapital und den bloßen Geldbesitz „raffendes“ Kapital. Weiter bilde man sich ein, daß dieses letztere Kapital ausschließlich im Besitz von Juden ist. Damit ist der nationalökonomische Lehrgang für einen Nazi im wesentlichen schon beendet. Soweit die Juden im Dritten Reich nicht einfach totgeschlagen werden, wird das „raffende Kapital“ durch ein gesetzliches Zinsverbot unwirksam gemacht und damit ist dann, nach der Meinung des Herrn Gottfried Feder, die kapitalistische Ausbeutung restlos aufgehoben.

Um diesen heillosen Unsinn als solchen zu erkennen, braucht man sich nur einmal die Dinge praktisch vorzustellen. Vor dem Kriege hatten die Spartakisten einen Einlagebestand von rund 22 Milliarden Mark, der nach der Inflation bis heute fast wieder auf die Hälfte dieser Summe aufgebaut worden ist. Es sind Millionen kleiner Sparrer, die dieses „raffende“ Kapital zusammengetragen haben und dafür ihre Zinsen bekommen. Von den Geldinstituten wandert das Kapital nun weiter in die Unternehmungen, womit es sich in „schaffendes“ Kapital verwandelt. Der Unternehmer muß heute zunächst dieses Kapital verzinsen, und darüber hinaus kann er einen beträchtlichen Gewinn für sich daraus „erschaffen“. Im Dritten Reich gibt es keine Zinsen mehr; dagegen bleibt das unbeschränkte Recht auf Profit

erhalten. Das ist der Sozialismus Gottfried Feders, und danach versteht man, daß so viele Unternehmer mit Begeisterung sich ebenfalls dazu bekennen.

Über das, sagt der Nazimann: Werden nicht auch die großen Geldkapitalisten bei diesem Verfahren getroffen, und sollten die kleinen „raffenden“ Kapitalisten darin nicht eine ausreichende Entschädigung für das ihnen auferlegte Opfer finden können? Nun, der große Kapitalist würde, vor die Wahl gestellt, entweder sein Geld zinslos ausleihen oder sich selber von einem „raffenden“ in einen „schaffenden“ Kapitalisten zu verwandeln, ganz bestimmt das letztere tun, das heißt ohne den Umweg über eine Bank sich mit seinem Geld unmittelbar an einem Unternehmen beteiligen, um die Zinsen in Form von Profit einzufahren. So läuft das ganze nur auf eine Enteignung der kleinen Später hinaus, zum größten Nutzen des Großkapitals und des Profits.

Die Vorstellung, daß man das kapitalistische System erhalten und den Kapitalismus aufheben könnte, ist eine der absurdesten Ideen in der Geschichte des Menschlichen Sozialismus. Auf diesem Wege die Ausbeutung beseitigen zu wollen, ist genau so geistreich, als wenn man sich von einer Konstellation aller Thermometer die Selektion der Fieberkrankheiten verprüfte. Man braucht gar nicht einmal daran zu denken, daß bei der Kapitalabhängigkeit Deutschlands vom Ausland die Anwendung des Nazi-Rezepts einen sofortigen Zusammenbruch des Kapital- und Kreditwesens und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt unvermeidlich zur Folge haben würde.

Auch sonst enthält das Nazi-Programm noch manche Groteske. Als es auf einem Parteitag im Jahre 1920 beschlossen wurde, unterricht man die Feiertage dieser Aktion durch die Festlegung, daß dieses Programm „unabänderlich“ sei. Herr Gottfried Feder hatte in der damaligen Inflationszeit mit großem Scharsinn entdeckt, daß wieder eine feste Währung geschaffen werden müsse, und diese Forderung als einen besonderen Punkt seinem Programm einverleibt. Nun hat es das Schicksal gefügt, daß die neue Währung bereits seit Ende 1923, ohne die Nazis verwickelt worden ist. Eigentlich müßte nun dieser Punkt aus dem Partei-Programm gestrichen und damit dieses verändert werden. Aber das darf nicht sein, von wegen der „ewigen Unabänderlichkeit“. Aus dieser Not fand der Iluzer Gottfried denselben Ausweg wie Anno 1848 die braven Bürger von Greis-Schleis-Lobenstein, die nicht hinter der Zeit zurückbleiben wollten, revolutionierend vor das Schloß ihres Landespaters zogen, lateinisch eine Verfassung erbesichtigten und auf die unerwartete Auskunft, daß eine solche doch bereits verkündet sei, nach kurzem Kriegesrat trotzig erklärten, daß sie ihre Revolution nicht umsonst gemacht haben wollten und deshalb noch eine Verfassung fordern müßten. So bleibt nun auch Herr Feder dabei, daß die Nazis — nachdem ihnen die jüdische Dast mit der Währung schon zuvorgekommen ist — dennoch getreu dem Programm noch als eine neue Währung zu fordern hätten. Wie er sich dann in seiner frühlichen Ahnungslosigkeit eine Nazi-Währung vorstellt, das ist ein überaus lustiges Kapitel für sich; hoch würde darauf eingehen hier zu weit führen.

Die kurze Zeit parlamentarischer Mitarbeit, zu der die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlsieg gekommen waren, hat bereits enthüllt, daß die Hemmungslosigkeit ihrer Agitationsdemagogie noch übertrieben wird von der parlamentarischen Unfähigkeit, mit den politischen Tagesfragen fertig zu werden. Sobald sich die robuste Maulhelden von der Versammlungstribüne in den Parliamentsausgang verriet haben, offenbart sich ihre ganze Sockellosigkeit.

Nein, diese nationalsozialistische Beweismittel ist nichts, was der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die Dauer gefährlich werden könnte. Die Not der Zeit liefert reichlich Drogen für das Aufstiehen eines politischen Wunderglaubens, Millionen, die sich dem proletarischen Klassenkampf der Arbeiterbewegung gefühlsmäßig noch nicht einlassen können, fühlen dennoch den harten Druck des kapitalistischen Systems am eigenen Leibe. Einmal aufgestärkt, werden sie nicht so einfach in die Bemüderung der göttlichen Weltordnung zurückfallen, wie die Nazi-Führer, die schon jetzt dabei sind, ihren Frieden mit den „Bank- und Börsenfürsten“ zu schließen, sich das Wohl vorstellen mögen. Und aus der Wirnis der nationalsozialistischen Ideologie, deren Inhaltslosigkeit mit jedem Tage mehr offenbar wird, werden sicher viele der enttäuschten Anhänger über kurz oder lang den Weg zum wirklichen Sozialismus finden!

Billige Garnisonversprechungen der Nazis

Kommandanturen in Wäldern

Köln, 20. Jan. (Eig. Draht.) Die Naziführer erzählen ihren bedauernswerten Zuhörern in den Versammlungen von den großen Garnisonen, die nach der Einführung des Dritten Reiches errichtet werden sollen. So erzählt in einer Versammlung in Gummersbach ein früherer Lehrer, jetziger Naziführer Friedrich, daß nach der Errichtung des Dritten Reiches das Städtchen Gummersbach Garnison werden solle. Das Arbeitsamt, das Kreishaus und einige andere öffentliche Gebäude sollten als Kasernen benutzt werden. Die neue Konsumvereinsbäckerei soll als Garnisonshäuser dienen. Daraufhin machte einer der Versammlungsbesucher den treffenden Zwischenruf: „Und die Kommandantur der Garnison kommt nach Waldbröl“ — dort ist nämlich eine Wäldchenanstalt!

Disziplinarverfahren gegen thüringische Pfarrer

ENA. (Eigene Meldung.) Der thüringische Landeskirchenrat hat gegen die Pfarrer D. Emil Fuhs-Eisenach, Kohlstedt-Alpolda, Klein-Schmidt-Eisenach und von Rüden-Nöbrenbach das formale Disziplinarverfahren eröffnet. Die Genannten werden beschuldigt, gegen die Verfügung des Landeskirchenrats vom 20. August 1930 verstoßen zu haben, wonach den Geistlichen der thüringischen evangelischen Kirche jede aktive politische Tätigkeit untersagt ist. Die vier Pfarrer, die sozialdemokratisch organisiert sind, haben während des Reichstagswahlkampfes Reden für die Sozialdemokraten gehalten, auch, nachdem die betr. Verfügung bereits erlassen war.

Kache wegen der Nazi-Kasse

D. Samwertheim, 19. Jan. Bei der letzten Verlesung der NSDAP, die Kasse entwerfen haben soll. Aus Kache hat der Anwohner den Anzeiger auf dem Arbeitsamt darat mißhandelt, daß der junge Mann ins Kranenhaus gebracht werden müßte.

Diktatur-Terror in Polen

Die Warschauer Regierungsbehörden haben den „Polnischen Arbeiterverband“, der alle Zirkeln Polens umfaßt, gelöst und dessen Zirkel in Warschau verhaftet. Als Ursache für diese Maßnahme wird von amtlicher Seite angegeben, daß der Verband durch seinen jüngsten Beschluß zur Verhaftung der Beamten übergriffen und durch die Beihilfung der amtlichen Tätigkeit des gegenwärtigen Justizministers rechtswidrig gehandelt habe.

Goldmacher vor Gericht

Die Bannerträger der völkischen Reaktion auf der Goldjagd

München, 20. Jan. (Eig. Draht.) Auch der zweite Verhandlungstag im Münchener Goldmacherverfahren war ausgefüllt mit dem Bericht des Angeklagten. Der Richter interessierte sich in der Hauptsache zunächst um den Verbleib der in die Tausend-Ludendorff-Gesellschaft hineingesteckten Aktiennummern. Tausend will für die zehn Monate, die seine Zusammenarbeit mit Ludendorff währte, nur 10 000 Mark und 5 Prozent der einmündigen Beträge erhalten haben. Alle eingelaufenen Gelder — etwa 600 000 Mark — seien bei Ludendorff bzw. dem Justizrat Grant (einem aus dem großen Sittlerputz bekannt gewordenen völkischen Rechtsanwalt) zusammengekommen. Ludendorff trat im Jahre 1926 aus, worauf sich die Gesellschaft auflöste. Tausend ging sofort an die Gründung der Gemischten Studiengesellschaft Tausend e. V. Die Geldgeber stehen auch hier nicht lange auf sich warten. Schon nach einem halben Jahr waren wieder 600 000 Mark beisammen, wovon eine Viertel-million in die unergründlichen Kassen des Unternehmers flossen.

Eine Schule für die Goldmacherlehre

Die Gebrüder Küchenmeister, Textilien en gros in Freiberg in Sachsen erwieben sich als besonders eifrig mit den Arbeiten Tausends. Die Firma Küchenmeister hat bekanntlich seiner Zeit bei dem Rathenauerord das Auto, in dem die Mörder die Flucht antraten, gestellt. Zur finanziellen Unterstützung von Johann und Erik Küchenmeister wurde in Freiberg ein weiteres Fabrikgebäude eingekauft, das zu einem großen Laboratorium umgebaut werden sollte. Die Pläne waren fix und fertig. Es sollten große Schmelzöfen eingebaut werden, sogar an die nachwachsende Goldmachergeneration war gedacht, es sollten nämlich Lehrstühle für etwa 10 Schüler aufgestellt werden, die theoretisch und praktisch in die Geheimnisse der Goldmacherei eingeweiht werden sollten.

„Material 164“

Tausend behauptet, daß er keine Kunst insulichen vervollkommen habe. Aus einem Kilo Rohmaterial könnte er jetzt die gleiche Menge Fertigprodukt fabrizieren, wie vorher aus 10 Kilo. Tausend sprach nicht von Gold. Er sagt immer nur: „Ausgangsmaterial oder Fertigprodukt“. Gelegentlich nennt er das Fabrikat „Material 164“. Auf einen Vorhalt des Richters, daß er doch verschiedene Goldgebern gegenüber von Gold gesprochen habe, er-

klärte der Angeklagte: „Nur wenn mich jemand recht dumm fragt, ab ich auch dumme Antworten!“ Das scheint sehr oft der Fall gewesen zu sein. Im übrigen sagt Tausend, daß er bei der Ausarbeitung seines großen Verfahrens nur durch seine Verbannung gefördert worden sei. Die Experimente, die er den Wiener Stahlindustriellen Philipp und Richard v. Schöller vorgeführt habe, seien erfolgreich gewesen.

Der Besuch im Münchener Münsam

Tausends Experiment im Münchener Hauptmünzamt dauerte drei Tage, das Ergebnis bestand in ca. acht Prozent reinem Gold. Die angewandten Reagenzien seien maßlos erkaunt gewesen. Der Direktor des Münsams habe gesagt: „Ne, jetzt wird die Presse schon über mich herfallen.“ Ganz entschieden befreit Tausend zu seinem Besuch im Münsam eingeschmuggeltes Gold verwendet zu haben.

Tausend und die Arbeitslosen

Mit heftigem Spott erzählte Tausend jedoch, wie sich die Goldmacherei in den Köpfen der Großindustriellen malte. Ein Wiener Unternehmer stellte ihm seine drei Hochöfen mit 60 Tonnen Fallungsenergie zur Verfügung. Das macht bei der sechszehnfachen Ausbeute nach Tausends Rezept bei jedem Produktionsgang 6000 Kilo reines Gold. Tausend dachte aber viel „lokal er“. Er wollte das Gold in Heimarbeit in Mengen von je 100 Kilo herstellen lassen. „Denken Sie, Herr Richter, daß man damit Arbeitslose beschäftigen könnte.“

Die Gold-Gutscheine

Weniger fantastisch, aber greifbarer, sind die sogenannten Goldgutscheine, die die Gesellschaft ausgab. Diese Scheine auf 10 Kilo Feingold oder 25 000 Reichsmark lautend, bedeuteten in der Hand Tausends zwar nicht reines Gold, aber bares Geld. Die Geldgeber rissen sich förmlich um das vorteilhafte Papier.

Auf die Frage, ob das Geld denn für diese Scheine vorhanden war, verweigerte Tausend die Antwort. Ob er den anderen Mitgliedern der Gesellschaft Rechenschaft über die Handlungsweise geben habe? Ja, war niemanden Rechenschaft schuldig, ich konnte mit dem Gelde machen, was ich wollte.

Er tat denn auch, was er wollte und kaufte sich Büfen und Schläfer.

Schweres Lawinenunglück

Skikurs der bayer. Landespolizei verschüttet

Die ganze Nacht Rettungsversuche

Benediktbeuern, 20. Jan. Heute nachmittag, kurz nach 3 Uhr, ereignete sich an der Spitze der Benediktswand ein furchtbares Lawinenunglück. Ein Skikurs der bayerischen Landespolizei wurde von einer Lawine überrollt, und neun Mann wurden in die Tiefe gerissen. Durch die sofort einsetzenden Bergungsarbeiten konnte bis jetzt nur ein Mann bewußtlos geborgen werden. Die übrigen acht sind noch verschüttet, und es kann kaum noch mit ihrer Rettung gerechnet werden. Auf sofortigen Alarm gingen von Benediktbeuern und Bad Tölz Mannschaften des Alpinrettungsdienstes zur Hilfeleistung ab. Auch aus München ist eine Rettungsexpedition, bestehend aus zwei Offizieren, einem Arzt und 30 Mann, im Kraftwagen an die Unfallstelle abgefahren.

Benediktbeuern, 20. Jan. Zu dem Lawinenunglück an der Benediktswand erfahren wir folgende Einzelheiten: Auf der Landespolizei gebührenden Prohibitiv-Plan sind zur Zeit verschiedene Mannschaften der Landespolizei stationiert, die im dortigen Gebiet unter der Leitung eines eigenen Leiters an einem Skikurs teilnehmen. Heute nachmittag gegen 3,15 Uhr übten die Kurs Teilnehmer am Steilhang zwischen dem Benediktswand-Diatal und dem Ahlelköpfen, als sich plötzlich eine gewaltige Lawine löste und neun Mann mit sich in die Tiefe riss. Der Hütelwirt der Landespolizei beobachtete mit einigen auf der Spitze verbliebenen

Mannschaften das Unglück, und sofort eilte ein Meldebote nach der 20 Minuten entfernten Tuginger-Hütte, um telefonisch Hilfe zu erbitten.

Gegen 19,30 Uhr traf die Benediktbeurer Rettungssolonne, an der Mannschaften der Sanitätskolonne des Gebirgsamtsdienstes und des Sportvereins Benediktbeuern teilnahmen, an der Unfallstelle ein. Der Anstieg gestaltete sich wegen der außerordentlich starken Vereisung aller Wege äußerst schwierig. Die Bergungsarbeiten wurden sofort mit allem Nachdruck aufgenommen.

Bergungsarbeiten

Benediktbeuern, 21. Jan. Zum Lawinenunglück an der Benediktswand erkrankt der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros nach:

Erst gegen 11,10 Uhr abends trafen gestern die Rettungsexpeditionen aus Pöngsberg und Bad Tölz an der Spitze des Unfallortes ein, während die Mannschaften aus Venngries und München noch unterwegs sind. Die außerordentlich große Lawine war in einer Breite von 80 Metern 150 Meter niedergegangen. Ihre Tiefe betrug drei Meter. Zur Zeit hat die Bergungsmannschaften unter Leitung des gereizten Oberleitnants Remold damit beschäftigt, durch die Schneemassen Gräben zu sieben. Die Arbeiten werden durch die unsichere Witterung — es regnet — erschwert.

Benediktbeuern, 20. Jan. Der Rettungssolonne gelang es nach ansehnlicher Arbeit, gegen 10 Uhr abends einen der Verschütteten Landespolizeibeamten schwerverletzt zu bergen. Von den übrigen sieben konnte noch keine Spur gefunden werden.

Zur Kriegsschuldfrage

Paris, 20. Jan. Die Debatte über die Kriegsschuldfrage, die durch die Enthüllungen in den Memoiren Bülloms wieder einfach gemacht war, erhält eine interessante Bereicherung durch die in Paris bevorstehende Veröffentlichung des Briefwechsels des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisa. Die „Ozde“ ist heute schon in der Lage, aus dieser Sammlung einen Brief des Grafen vom 8. Juli 1914 an den Kaiser Franz Joseph im Vorabdruck zu veröffentlichen. Tisa spricht sich darin auf das entschiedenste gegen jeden Krieg mit Serbien aus, umal man „bisher nicht genügend Grund habe, um Serbien für den Mord von Sarajewo verantwortlich zu machen.“ „Außerdem“, so fährt Tisa in seiner Beweisführung fort, „kann er sich keineswegs dem Optimismus der Berliner Regierung anschließen. Das ist die Rückwirkung, die in ihm der Beschluß der Ministerkonferenz hervorgerufen habe, einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um endlich mit den ältesten Feinden Oesterreichs abzurechnen. Diesen Plan könne er nicht billigen, denn ein Krieg mit Serbien müßte eher zum Nachteil Oesterreichs ausfallen, denn er müßte höchst wahrscheinlich die Intervention Russlands und damit einen Weltkrieg zur Folge haben. Oesterreich würde vor allem gegen Russland und Rumänien zu kämpfen haben, was seine Siegesaussichten beträchtlich vermindern müßte.“ Außerdem müsse man an die wirtschaftlichen und finanziellen Umwälzungen, an die Leiden und Schmerzen denken, die ein Krieg unvermeidlich mit sich bringe. betont Tisa weiter, um dann zum Schluß wiederholt und formell jede Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen für einen Weltkrieg gegen Serbien abzulehnen.

Bayerische Klage gegen Reich

München, 20. Jan. (Eig. Draht.) Der bayerische Ministerpräsident hat in seiner Sitzung am Dienstag einstimmig, also mit Einverständnis des deutschen Reichs, beschlossen, die Klage wegen der Steuervereinfachungsmaßnahme beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu erheben.

Schlechte Wirtschaftsbilanz Italiens

Rom, 19. Jan. Heute wird die Jahresbilanz von 1930 über die italienische Ein- und Ausgabe veröffentlicht. Danach betrug der Einfluß rund 17 351 000 Lire, die Ausfuhr 12 118 000 Lire. Die Differenz beträgt also rund 5 232 000 Lire.

Schweres Unglück in einem französischen Erzbergwerk Ein Transportzug fuhr in dem Erzbergwerk Krümer bei Besenay infolge falscher Reichhaltigkeit auf einen Arbeiterzug auf. Bergarbeiter wurden getötet, etwa zehn verletzt.



Jacques Kayser,

der Chef der französischen Zeitung République, veröffentlichte, wie wir bereits mitteilten, eine Serie von vielbeachteten Artikeln, in denen er gegen die unkluge Ziehung der deutschen Ozeanens in der Grenzmark und in Oberösterreich protestierte.

Der Chef der amerikanischen Marine über zukünftige Kriege

W. W. Washington, 20. Jan. Auf der Jahrestagung der Vereintung zur Prüfung der Kriegsverfahren und Verhütung künftiger Kriege hielt der Chef der amerikanischen Marine, Admiral Pratt, einen Vortrag. Von internationalem Interesse sind aus diesem Vortrag die Bemerkungen des höchsten amerikanischen Seeführers über künftige Kriege, die er für unvermeidlich hält. Pratt stimmte Professor Shotwells Definition des Angriffers zu: danach ist im Sinne des Kellogg-Paktes der Staat als Angreifer zu verstehen, der sich weigert, den Streitfall dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Zur Frage der Freiheit der Meere erklärte Pratt, der Standpunkt des Neutralen, der die Freiheit der Meere verlangte, um am Kriege zu verdienen, sei egoistisch und unhaltbar. Viel humaner sei gegebenenfalls eine strikte Blockade, um dem Norden ein rasches Ende zu machen. Erwogenwert sei, so führte Pratt aus, die Organisation der Vorsehung der Zivilbevölkerung der kriegsführenden Staaten mit Lebensmitteln aus neutralen Ländern unter Ausschluß jedes geschäftlichen Gewinnes.

Das Reich als Bankier

Milliardenbelastung durch Darlehen und Garantien

Seit Jahren führt die Sozialdemokratie einen Kampf gegen die enorme Belastung, die dem Reichshaushalt durch die der Privatwirtschaft gewährten Subventionen erwächst. Diese Subventionen erfolgen teils durch Bewilligung von Darlehen zu ausnahmsweise günstigen Zinsbedingungen, zum Teil durch Übernahme von Garantien. In welchem Umfang das Reich sich als Bankier für die schlechtesten privatwirtschaftlichen Risiken befristet, zeigt die Tatsache, daß 1929 insgesamt 2,3 Milliarden Darlehen gewährt und Garantien übernommen wurden.

Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 erhielt der Reichsfinanzminister wiederum neue Garantiermächtigungen für das laufende Rechnungsjahr und zwar 350 Millionen zur Förderung des Außenhandels sowie zur Übernahme einer Dividendengarantie für Reichsbahnvorschußaktien und schließlich zur Übernahme einer Sinsgarantie für Reichsbahn-Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 250 Millionen. Der letztere Betrag soll der Finanzierung eines zehnjährigen Arbeitsprogramms durch die Reichsbahn dienen, jedoch hat man bisher von zusätzlicher Arbeitsbeschaffung noch nichts vernommen. Ferner sind noch zur Durchführung der Schiffe Garantiermächtigungen für die Umschuldungsschiffe bis zu 100 Millionen und weitere 50 Millionen für Darlehensverpflichtungen bei der landwirtschaftlichen Siedlung erteilt worden.

Scheitelt man die bereits übernommenen Garantien von den noch offenen Garantiermächtigungen des Reiches, so ergibt sich folgendes Bild: An Garantien übernommen sind bis zum 1. Oktober 1930 für die Landwirtschaft 109 Millionen, für Handel und Gewerbe 309 Millionen, darunter 194 Millionen Kassenkredite und zur Förderung des Außenhandels 273 Millionen, für Wohnbau- und Siedlungswesen 199 Millionen. Im ganzen belaufen sich die übernommenen Garantien des Reiches auf rund 684 Millionen Mark. Außerdem ist noch eine bestimmte jährliche Dividende für 375 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn garantiert worden.

Seit 1927 sind auf Drängen der Sozialdemokratie in den Etat Millionen für die Inanspruchnahme des Reiches aus Garantien eingestellt. Diese Mittel stellen sich auf rund 53 Millionen. Aus diesem Fonds sind bisher Ausfälle in Höhe von 56 Millionen abgedeckt worden, worunter sich u. a. 30 Millionen Kassenkredite befinden. Im Laufe des letzten Jahres einmündete Ausfälle sowie die den Rücklagenfonds übersteigenden 3 Millionen wurden als so genannte Vorrisse auf den für 1931 mit 13 Millionen vorgesehenen Rücklagenfonds übertragen werden. Ungeachtet aller Warnungen der Sozialdemokratie besonders bei der Übernahme weiterer Garantien für Verluste der Getreidehandelsgesellschaft bei der Roggenkrisis wird also jetzt das gleiche Spiel mit Vorrisse auf das kommende Jahr gespielt.

Die noch offenen Garantiermächtigungen stellen sich am 1. Oktober 1930 im ganzen auf 931 Millionen. Hierunter entfallen auf die Landwirtschaft 119, auf Handel und Gewerbe 567 sowie für Wohnbau- und Siedlungswesen 245 Millionen Mark. Ein Teil von diesen Ermächtigungen ist inzwischen bereits durch feste Zusagen gebunden, so daß das Garantierisiko des Reiches am Schluß des laufenden Rechnungsjahres erheblich über den oben angegebenen 684 Millionen liegen wird. Trotz weiterer Garantiermächtigungen von 350 Millionen, die im Etatsgesetz für 1931 nachgeschlüsselt werden, soll der Rücklagenfonds wieder nur mit den jährlich unzulänglichen 13 Millionen dotiert werden.

Arbeitslosenkravalle in Amerika

Am 21. Jan. (Freitag) Die große Arbeitslosigkeit hat jetzt auch in den Vereinigten Staaten zu Kravallen geführt. In Cleveland wurde das Rathaus von etwa 1000 Arbeitslosen gestürmt und ein in der Nähe gelegenes Lebensmittelgeschäft völlig ausgeplündert. Die Arbeitslosen wurden aus dem Geschäft von der Polizei mit Tränengasbomben vertrieben. Zu New York kam es ebenfalls zu Revolten. Hier wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Eine riesige Menschenmenge sah den Führern unwillig zu und zeigte eine feindselige Haltung gegenüber den Polizeibeamten. Der Polizeikommandant sah sich gezwungen, die Arbeiter mit Schüssen zu versetzen. Der Polizeikommandant sah sich gezwungen, die Arbeiter mit Schüssen zu versetzen. Der Polizeikommandant sah sich gezwungen, die Arbeiter mit Schüssen zu versetzen.

Vor Hungerkravallen amerikanischer Farmer

Der Kampf zwischen der Bundesregierung und dem Bundeskongress um die lang verheerende Hilfsaktion für die notleidende Bauernbevölkerung in den von der Dürre und Ernteverlusten heimischen Agrargebieten ist in ein neues Stadium getreten. Präsident Hoover ernannte ein Komitee von 57 führenden amerikanischen Persönlichkeiten, die unter Vorsitz des Ex-Präsidenten Coolidge und der beiden ehemaligen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Dames und Smith die öffentliche 10-Dollar-Millionen-Kommision des amerikanischen Roten Kreuzes fördern sollen. Zwischen ist das Land unter den ruinieren Farmer alarmierend gelitten und läßt erste Hungerkravalle befürchten. Die Zahl der unterliegenden Landbesitzer liegt in den ersten Tagen des Januar bis zum 15. Januar um mehr als das Doppelte, wobei jedoch die Bundesstaaten Texas, Kentucky, Tennessee und Mississippi unberücksichtigt gelassen sind.

300 000 Grippefranke in Madrid

Nach einer Meldung des Journal aus Madrid herrscht in der Hauptstadt Spaniens eine heftige Grippeepidemie. Wenn auch der Charakter der Erkrankung nicht besonders gefährlich sein soll, so leiden doch die Kranken übermäßig. Schätzungsweise sollen in Madrid 300 000 Personen an Grippe erkrankt sein, von denen 200 000 das Bett hüten.

Soziale Rundschau

Die kulturhygienische Ausstellung im Urteile der Fachzeitschriften

Die von der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene im „Haus der Gesundheit“ zu Karlsruhe veranstaltete kulturelle und kulturhygienische Ausstellung wurde in den „Sozialhygienischen Mitteilungen“ ausführlich besprochen, so daß die Hygieniker in ganz Deutschland von den dargebotenen Gesandnissen Kenntnis erhielten. Ueber diese Karlsruhe Ausstellung erschienen nun in mehreren hygienischen Zeitschriften Urteile. So bespricht Prof. Dr. med. Vogel, der wissenschaftliche Direktor des Deutschen Hygienemuseums zu Dresden, in dem nun fast herausgegebenen „Hygienischen Wegweiser“ 1930 Heft 9 und 10, die genannte Ausstellung als eine „reine, lebenswerte Schau“. In der von Dr. med. Wiedemann (Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern) herausgegebenen „Zeitschrift für Gesundheitsverwaltung“ vom 20. 12. 1930 bespricht Medizinalrat Dohren (Hannover), daß die Besichtigung der kulturhygienischen Ausstellung „genügt, um dem Leser Lust zu machen, nach Karlsruhe zu reisen und die Ausstellung anzusehen.“

Freistaat Baden

Uniformverbot und Reichsbanner

In Mannheim tagte am Montag abend eine stark besuchte Protokollversammlung gegen das allgemeine Uniformverbot, in der Genosse Reinhold referierte. Die Volksstimme berichtet über die Versammlung:

„Landtagsabgeordneter Reinhold fand starke Zustimmung, als er zu Beginn seiner Darlegungen, nach einer kurzen Schilderung der Zustände, die zum Uniformverbot für die Nationalsozialisten führten, Kritik an der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes übte, der das Verbot der Naziformen wieder aufgehoben hat. Die Justiz, die sich heute in Deutschland und teilweise auch in Baden keines allzu hohen Ansehens bei der Bevölkerung erfreue, habe durch diesen Urteilspruch, der sich gegen eine wichtige politische Entscheidung des badischen Innenministers richtet, nicht dazu beigetragen, das Vertrauen, mit dem man ihr in weiten Bevölkerungskreisen begegnet, zu befestigen. Vor allem in republikanischen Kreisen habe man für eine solche Art Rechtsprechung kaum Verständnis und es sei wohl nicht fern am Platze, aus dieser Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zu schließen, daß die gelezten Herren dieses Gerichtes auf die derzeitige Regierung nicht allzu gut zu sprechen seien. Sondern sie würden sie sich zu Großherzogs Zeiten einen solchen Urteilspruch nicht erlaubt haben! Die Rechtsprechung in der Politik dürfe sich gewissen staatspolitischen Notwendigkeiten nicht verschließen. Mit juristischen Haarspalten könne dem Staat der Schutz nicht gewährleistet werden, den er zu seinem Ausbau brauche. Daß das Urteil eher in den Händen der Rechts, als im Besitz des Innenministers, läge einen eigenartigen Schluß auf die Unparteilichkeit der Richter zu.“

Als aber das Urteil gefällt war, so führte der Redner weiter aus, blieb der badische Regierung zuerst nur die Möglichkeit, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ein neues Verbot auszusprechen. Das Kabinett glaube aber dieses Verbot auf alle uniformierten Verbände ausdehnen zu müssen, da sonst seine Durchführung ebenfalls wieder gefährdet gewesen sei. Man gab an, daß es nicht möglich gewesen sei, anders zu handeln, da sonst der Reichstag über der Reichspräsidenten auf dieses neue Verbot wieder aufgehoben hätten. Verboten ist, nicht viel eher die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag gegen das Verbot, so frage mit Recht der Redner. Bekanntlich haben die Nationalsozialisten einen diesbezüglichen Antrag bereits eingebracht. Es ist kaum zu zweifeln daran, daß dieser Antrag angenommen wird.“

Das wolle auch die badische Regierung. Deshalb, so erklärte Landtagsabgeordneter Reinhold, werde gegenwärtig von der Regierung eine neue Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die bereits in den nächsten Tagen dem Landtag zugehe und eine Handhabe dafür gebe, Uniformverbot wieder gegen jene Verbände auszusprechen, die durch ihr öffentliches Auftreten die Ruhe und Ordnung stören. Es könne deshalb damit gerechnet werden, daß schon in kürzester Frist das allgemeine Uniformverbot wieder aufgehoben wird. Das mit werde auch wieder der Weg frei für das Reichsbanner. Diese Mittelungen lösten in der Versammlung lebhafteste Zustimmung und Beifall aus.“

Zum Schluß bemerkte der Redner, daß das Uniformverbot auch für das Reichsbanner nur eine Episode heißen werde. Denn er (Reinhold) könne niemals einer Regierungskoalition seine Unterstützung geben, die ein Dauerverbot gegen das Reichsbanner ausbreite. Wir werden die Schwierigkeiten überwinden, vielleicht nur unter großen Opfern.“

Ueber die Haltung des Volksfreund zu dem Uniformverbot der badischen Regierung sind der Badische Beobachter und der Mannheimer Volksstimme in eine Unterhaltung geraten. Der Badische Beobachter war der Meinung, der Volksfreund hätte in seiner ersten Befragung des allgemeinen Uniformverbot für das Reichsbanner eine Erklärung abgegeben. Das ist selbstredend eine ganz falsche Auffassung des Bad. Beobachters, denn der Volksfreund würde ausdrücklich es erwähnt haben, wenn er im Namen und im Auftrag des Reichsbanners gesprochen hätte. Im übrigen sei kurz bemerkt, daß die Redaktion des Volksfreund unmittelbar nach dem Erscheinen der neuen Verordnung an zukünftige Stelle ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, daß es eine immerhin böse Sache sei, auch auf das Reichsbanner das neue Verbot auszubehnen. Da wir aber wußten, daß der Innenminister ein allgemeines Verbot zunächst gar nicht beabsichtige, sich aber mit gewissen Tatsachen abfinden und schnellstens handeln mußte, und da außerdem das Verbot nur bis zum 1. April befristet war, haben wir von einem besonderen Protest Abstand genommen, zumal wir mit Recht annehmen konnten, daß vom 1. April ab eine andere und bessere Regelung der Bestimmungen über das Tragen von Parteiformen erfolgen werde.

Heidelberger Afa aufgelöst

Die Folgen der radikalen Untriede

Vom Unterrichtsministerium wird mitgeteilt: Der Minister des Kultus und Unterrichts hat den Allgemeinen Studentenausschuss der Universität Heidelberg mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Veranlassung hierzu geben die fortwährenden Verstöße des Afa-Vorstandes gegen die Satzungen der Allgemeinen Studentenschaft und vor allem ein Brief desselben vom 15. d. M. an das Rektorat der Universität Heidelberg, in welchem er die Nichtbeteiligung an Universitätsfeierlichkeiten deshalb beschlossen habe, um der Forderung „Herrn Professor Gumbel nicht mehr als Mitglied der Dozentenchaft der Universität zu leben“ Nachdruck zu verleihen.

Die wiederholten Versuche, auf gutlichem Wege durch Mahnung und Warnung die Afa-Mehrheit zum Einlenken zu bewegen, haben keinerlei Erfolg gehabt. Der neuerliche Beschluß bedeutet nach dem Vorangegangenen eine weitere Verschärfung der Lage. Jetzt verlangt der Afa-Vorstand nämlich, über seinen früheren Beschluß hinausgehend, nicht nur, daß Professor Gumbel der Universitätsfeierlichkeiten fernbleibe, sondern daß er aus dem Lehrkörper der Universität ausscheiden habe. In den Satzungen der Heidelberger Studentenschaft finden sich für ein solches Vorgehen keinerlei Grundlagen; man kann dies nur als eine gewaltige Ueberschreitung der statutarischen Zuständigkeiten bezeichnen.

In dem Erlaß des Ministers wird die Satzungsgegenstimmung für die Studentenschaft der Universität Heidelberg vom 12. 12. 1925 zurückgezogen. Alle Organe der Studentenschaft haben sofort ihre Zustimmung niedergelegt. Eine Neuwahl wird nicht angedacht. Es erhebe sich die Frage, ob es in dem Erlaß, unter dem Namen und in der äußeren Form der Selbstverwaltungseinrichtungen bestehen zu lassen, die nur durch fortgesetzte Eingriffe der Aufsichtsbehörde notwendig in den Schranken der Ordnung gehalten werden könnten. Zum Wesen der Selbstverwaltung gehört es, daß sie getrogen wird von dem Willen, der Gemeinschaft und ihren Inter-

essen zu dienen. Wo dieser Wille sich in sein Gegenteil verkehrt, haben Selbstverwaltungseinrichtungen nicht nur ihren Sinn verloren, sondern sie bedeuten sogar als stete Gefahrenquelle für den akademischen Frieden eine Belastung für das Wohl der Akademischen Gemeinschaft.

Das badische Unterrichtsministerium hat gegenüber dem skandalösen Treiben der radikalisierten Heidelberger Studentenschaft eine Geduld bewiesen, die den Studenten mehr als einmal hätte Gelegenheit geben können, von weiteren Treibern abzusehen. Diese Geduld wurde jedoch von der Studentenschaft mißbraucht. Statt den Versuch zu machen, zu einer Verständigung zu gelangen, wurde dem Unterrichtsministerium allem Anscheine nach von der Studentenschaft die bewiesene Geduld als Schwäche ausgelegt und die Dinge in Heidelberg allmählich auf die Spitze getrieben. Was sich ein Teil der Heidelberger Studentenschaft unter Aufsicht einzelner Unfabrikanten im Fall Gumbel und in sonstigen Dingen gegenüber der Regierung erlaubt hat, zeigte in markantester Weise, daß die heutige Heidelberger Studentenschaft nicht fähig ist, eine Selbstverwaltung zu führen. Das Unterrichtsministerium hat daher recht gehandelt, indem es die Heidelberger Afa aufgelöst hat und es wird dabei dem Beifall aller ordnungsliebenden Elemente im Lande Baden finden. Im Interesse des vernünftigen und staatspolitisch eingestellten Teils der Heidelberger Studentenschaft wünschen wir, daß in den Kreisen der Studierenden Heidelbergs bald wieder Vernunft und Verständnis für das, was Recht ist, eintritt, da es auf die Dauer untragbar ist, daß die breitesten Massen des Volkes an den schweren Lasten für die Unversittät mittragen, wenn diese letzten Endes nur dazu dienen, eine Clique zu züchten, die sich letzten Endes gegen Staat und Volk richtet.

Ein Brief des Prinzen Max von Baden

Der Sohn des verstorbenen Prinzen Max von Baden, Markgraf Berthold, veröffentlicht einen Brief seines Vaters an den englischen Ministerpräsidenten MacDonald, der eine Antwort auf eine teilnehmende Botschaft an dem Leiden des Prinzen darstellt. Der Brief des Prinzen ist der letzte vor seinem Tode geschriebene Brief. Er lautet u. a.:

„Ich wünsche, ich könnte sagen, daß ich an den Völkern glaube, aber ich bin kein Bekennnis wäre in meinem Grunde eine Lüge. Solange keine Aussicht besteht, das Anrecht der deutschen Nation und der Litaler Grenze aus der Welt zu schaffen, können wir nur nach Genf sehen, weil es gerade zweckmäßig erscheint, nicht aus Ueberzeugung.“

Ich bin sicher, wir müssen noch viele Jahre warten, und ich will als mein letztes Wort meinen Landsleuten zurufen: Verliert die Geduld nicht, aber ich halte es für meine Pflicht, in diesem Briefe die Warnung offen auszusprechen: Ohne daß die Hoffnung auf die einmal kommende Revision des Versailler Vertrages aufleuchtet, wird Deutschland keine Rettung nicht vom Pazifismus erwarten. Gewalt beherrscht die auswärtige Politik, und wie das Beispiel Italiens lehrt, auch die innere. Die Kraftquelle hinter dieser Lehre ist der Versailler Vertrag und das in Versailles geschlossene Wort. (Ich verweise hier auf meine Analyse des am 5. November 1918 abgeschlossenen Vertrages der 14 Punkte. Siehe Erinnerungen und Dokumente.)

Millionen von Deutschen sind bereit, an die neue Aera zu glauben, die Sie in Genf verkündet haben, sowie sie hören, daß zum mindesten die Arbeiterpartei in England den Wirklichkeiten der internationalen Lage ins Auge sieht und davon zurücktritt, den großen Bau der neuen Weltordnung auf einem verrotteten Fundament zu errichten. So, daß man uns nicht mehr zumutet, den Versailler Vertrag als ein Heiligtum zu betrachten, das man nicht antastet darf.“

Auflösung einer freidenker-Versammlung

Freiburg i. Br., 20. Jan. Am Sonntag fand im Festsaalabend 8 Uhr die Winterfeier der proletarischen Freidenker, die auch von zahlreichen Kommunisten besucht war, statt. Es sollten u. a. mehrere kleinere Theaterstücke aufgeführt werden, darunter ein solches mit dem Titel „Der feibhafte Gott“. Da dieses Stück den Tatbestand der Gotteslästerung enthält, war es neben zwei weiteren Programmnummern polizeilich verboten worden. Die Leiter der Veranstaltung verweigerten den Polizeibeamten den Zutritt und gaben die Erklärung ab, sich um das Polizeiverbot nicht zu kümmern. Es wurde deshalb die Auflösung der Versammlung erklärt und die Räumung des Saales ohne weitere Zwischenfälle durchgeführt.

Volkswirtschaft

Die Wirtschaftslage Badens

Nach dem Bericht der im Badischen Industrie- und Handelskammern neu badischen Handelskammern über die Wirtschaftslage in Baden im 4. Vierteljahr 1930 hat die am Ende des Jahres 1929 festgestellte ungünstige Entwicklung im Jahre 1930 eine zunehmende Verschleppung in ihrem Verlauf erfahren. Die Belebung im Frühjahr und Sommer blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die energetischen Betriebe der Regierung sind mit dem Ziel, eine aktive, die Arie in ihren Wurzeln bekämpfende Politik zu führen, wurde von den Kreisen der Wirtschaft bei aller Kritik im einzelnen als Anfang notwendiger, durchgreifender Reformen mit einer gewissen Begeisterung aufgenommen, sie führten aber durch die weite Kreise zur Rettung aus finanzieller Notlage auferlegten Opfer in Verbindung mit der unaufrichtigen und schnell folgenden Arbeitslosigkeit zu beunruhigendem übertriebenem Vertrauen und damit im Zusammenhang zu Verzweiflungswahlen. All diese Gründe haben im letzten Viertel des Jahres 1930 die weitere Schrumpfung des wirtschaftlichen Kreislaufes wesentlich beeinflusst. Die Lage der für Baden so bedeutenden Metall- und Maschinenindustrie war durchaus unbedenklich. Die Beschäftigungsmöglichkeit der Unternehmungen ist nur etwa zur Hälfte ausgenutzt, der Beschäftigungsumfang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 20 oder 30 Prozent zurückgegangen. Anzudeuten ist die Regel.

Mit großen Bedauern verlor die badische Wirtschaft die ansehnliche handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung, die eine Besserung der Lage der Landwirtschaft herbeiführen sollen. Sie verlangt mit Nachdruck die Aufrechterhaltung eines der Exportzwecke in der Industrie während der Handelsvertragsabstimmung, an welchem sie und das Land Baden in gleicher Weise zwecks Erhaltung der Betriebe interessiert sind. — Der Großhandel und Einzelhandel standen in der Berichtzeit ganz unter dem Einbruch der Depression. Die Preise sind überall, besonders hart im Textilhandel, gefallen. Der Umsatz ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres je nach den Geschäftszweigen um 15 bis 30 Prozent zurückgegangen. Der Wettbewerb wird immer schärfer. Für die Lage des Hotelgewerbes ist bezeichnend, daß die größeren Hotels eines Quartiers für die nächsten drei Jahre ein Uebererlösen getroffen haben, in jedem Winter nur einen einzigen Betrieb offen zu halten. Die Arbeitslosen-Ziffern sind im letzten Viertel des Jahres 1930 gewaltig angestiegen. Sie haben in Baden im Dezember gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Erhöhung um 42 Prozent erfahren. Der Spindelkammereinstrom hat damit an der Spitze, gefolgt von Wetzlar, Karlsruhe und Heidelberg. Charakteristisch scheint auch die Tatsache geworden zu sein, daß die 6 von insgesamt 9 badischen Handelskammernbezirken die Zahl der ins Handelsregister neu eingetragenen Firmen gegen das vierte Quartal 1929 zurückgegangen ist, die Zahl der Schließungen dagegen ansteigt. Die Ausschauen zu Beginn des neuen Jahres sind nicht günstig.

Sozialdemokratie und Bürgersteuer

Von St. Meier, M. d. R.

Die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 26. Juli und 1. Dezember 1930 enthalten fast nur Steuergesetze und darunter auch die jetzt in den Gemeinden zur Einführung gelangende Bürgersteuer, die von der Sozialdemokratie im alten Reichstag auf das heftigste bekämpft und abgelehnt worden ist.

Doch es sah bei dem Kampf gegen die Einführung einer Bürgersteuer bei uns in Deutschland für die Sozialdemokratie nicht um ein taktisch-politisches Manöver handelte, sondern um eine sehr ernste Sache, bei der der Kampf um Grundfähiges in der Steuerpolitik überhaupt ging, geht deutlich aus dem Schreiben hervor, das auf Ansuchen des Zentrums der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 16. Juli vorigen Jahres an den Zentrumsabgeordneten Esser gerichtet hat. Das Zentrum suchte damals in letzter Stunde bei der Sozialdemokratie Fühlung mit dem Ziel, eine Basis für die parlamentarische Verabschiedung der vorliegenden Steuervorlage zu schaffen. In dem Brief, der eine Antwort auf das Erlauchen des Zentrums ist, heißt es u. a.:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, in mündlichen Verhandlungen die Beschlüsse bekanntzugeben, unter denen sie eine Verabschiedung der Steuervorlage mit ihrer Unterstützung für möglich hält. Sie hat jedoch schon öfters durch die Rede ihres Vertreters im Plenum des Reichstags erkennen lassen, daß die in der Steuervorlage enthaltene Kopfsteuer, die sogenannte Bürgersteuer, für sie vollkommen unannehmbar ist. Voraussetzung für fruchtbarere Verhandlungen wäre daher die Bereitwilligkeit der anderen in Betracht kommenden Parteien, auf die Bürgersteuer zu verzichten.

In den zitierten Zeilen ist klar und eindeutig die Stellung der Sozialdemokratie zur Bürgersteuer festgelegt. Sie gibt sich in keiner Weise ab. In dieser scharfen Ablehnung der Bürgersteuer ist die Sozialdemokratie nicht aus politischen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen gekommen. Der Gedanke, eine Bürgersteuer bei uns in Deutschland zu erheben, steht im schärfsten Widerspruch zu unserem bisherigen Steuerwesen. Das Steuerwesen der Nachkriegszeit ist unter Mitarbeit der Sozialdemokratie, soweit die direkten Steuern in Frage kommen, nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit auf- und ausgebaut worden. Dieses Prinzip kommt am stärksten bei der Einkommensteuer zur Geltung. Eine so gestaltete Steuergesetzgebung entspricht einem steuerlichen Grundgesetz des Rechts und der Gerechtigkeit.

Wird die Sozialdemokratie diesen Grundgesetz des Rechts und der Gerechtigkeit sowohl für die gegenwärtige wie zukünftige Steuergesetzgebung aufrecht erhalten will, bekämpft sie so klar den Gedanken, in Deutschland nun auch eine Bürgersteuer zu erheben. In der fast gleichmäßigen Höhe der Bürgersteuer ist ihr roher Charakter als Steuer begründet; er ist reaktionär und unsozial. Sie trifft nicht die Steuerkraft des einzelnen Jensten, sie nimmt darauf gar keine Rücksicht, obwohl nach der materiellen, wie auch sozialen Seite. Sie trifft immer nur die Person und dies unabhängig von seiner sozialen Stellung.

In ihrem Kampf gegen die Bürgersteuer fand die Sozialdemokratie anfänglich in der Person des jetzigen Finanzministers Dr. Dietrich tatkraftige Unterstützung. Dr. Dietrich bezeichnete in der Begründung seiner Steuervorlage im Reichstag am 7. Juli 1930 die Kopfsteuer als ein in unserer ersten Lebensjahre und auch heute noch, wenn die Sozialdemokratie vorher schon immer betont hat, daß die Bürgersteuer nicht geeignet ist, die bestehende Finanznot der Gemeinden zu beseitigen. Der Reichsfinanzminister fiel wenige Tage nach dieser sehr deutlichen Abfrage an die Bürgersteuer um, die Sozialdemokratie aber beharrte aus den angeführten Gründen auf ihrer ablehnenden Stellung.

Wir erwähnen die sachlichen Gründe, die von unserem Standpunkt aus gegen die Bürgersteuer sprechen, um damit zu zeigen, wie richtig die ablehnende Stellung der Sozialdemokratie ist.

Nun ist aber trotz der durchschlagenden sachlichen Argumente die Bürgersteuer in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930, wenn auch anders gestaltet, enthalten und die Sozialdemokratie hat im Reichstag dieser letzten Notverordnung zugestimmt. In diesem politischen Vorgang wird namentlich von unseren Gegnern, aber teilweise auch in unseren eigenen Reihen, eine politisch unehrliche Handlung der Sozialdemokratie erblickt. Mit Unrecht!

Zwischen unserem Kampf gegen die Kopfsteuer vom Juli 1930 und unserer Abstimmung im Dezember 1930 liegt der 14. September mit dem Sieg der Reaktion gegen die Arbeiterklasse. In dem Reichstag vom 14. September, der 491 Abgeordnete zählte, verfügte die Sozialdemokratie über 152 Stimmen. Im Reichstag vom September 1930 von 577 Abgeordneten noch über 143. Diese zahlenmäßige Verschiebung der Mandatsziffern allein zeigt schon, wie stark der Einfluß der Sozialdemokratie durch die Entscheidung der Wähler am 14. September geschwächt worden ist.

Wenn es schon im alten Reichstag unmöglich erschien, den politischen Willen der Sozialdemokratie gegen die Kopfsteuer zur Geltung zu bringen, um so weniger war und ist dies im heutigen Reichstag möglich. Aus der politischen Lage, die die Wähler selbst geschaffen, hat die Sozialdemokratie mit ihrer Haltung im Dezember v. J. zu den Notverordnungen die Konsequenzen gezogen, indem sie sich der neu geschaffenen Situation anpaßte. Mit dem Ansehen einer völlig neuen Situation werden aber sachliche Gesichtspunkte in einer Einzelfrage nicht entkräftet, viel weniger nach aufgegeben. Sie bestehen nach wie vor. Auch die Vor schläge, die wir früher zur Sanierung des Reichsetats gemacht haben, halten wir unverändert für richtig und werden weiter für sie kämpfen. Sie bestehen in dem bekannten Vorschlag: den Zuschlag der Einkommensteuer für Einkommen von 8000 Mark aufwärts von 5 auf 10 Prozent, die Auflichtssteuer von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen, das Einkommensteuergesetz in seinen Bestimmungen nach dem Verbrauch zu verschärfen, nach der Steuerbesteuerung der Spekulationsgewinne, nach der Ausbaur der Erbschaftsteuer und nach Offenlegung der Steuerlisten. Die Entscheidungen über diese berechtigten Forderungen im Parlament sind politische Machttatbestände. Wie aber die bisherigen Abstimmungen im heutigen Reichstag gezeigt haben, besteht keine Möglichkeit, auch nur eine der erwähnten Forderungen der Sozialdemokratie durchzusetzen.

Aus dieser Sachlage ergab sich die Stellung der Sozialdemokratie zu den neuen Notverordnungen vom Dezember.

vorigen Jahres. Da eine Aufhebung der Kopfsteuer oder ihre Herausnahme aus der Notverordnung politisch unmöglich war, mußte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dahin streben, sie zu verbessern und ihr etwas von dem rohen Charakter einer reinen Kopfsteuer durch das Vorschlagen eines Staffeltarifes zu nehmen. Wenn das Ziel auf dem beschrittenen Weg auch nicht voll erreicht worden ist, so ist es doch der Tatkraft der Sozialdemokratie im Reichstag zu danken, daß ein Teil des Gedankens der Anpassung an die Leistungsfähigkeit der Jensten verwirklicht worden ist. An Stelle des groben Schematismus der ursprünglichen Kopfsteuer ist durch sozialdemokratische Initiative eine erhebliche Differenzierung getreten.

Wie sehr nach dieser Richtung das Bemühen der Sozialdemokratie von Erfolg gekrönt ist, zeigt die Gegenüberstellung des alten und neuen Tarifs der Bürgersteuer, die wir hier folgen lassen. Der Normalsatz beträgt für die Person:

	bisher	neue Mensura
mit Steuerfreiem Einkommen	3	3
Einkommen bis 4500 M.	6	6
Einkommen 4500—6000 M.	6	9
Einkommen 6000—8000 M.	6	12
Einkommen 8000—12000 M.	12	18
Einkommen 12000—16000 M.	12	24
Einkommen 16000—20000 M.	12	30
Einkommen 20000—25000 M.	12	50
Einkommen 25000—50000 M.	12	75
Einkommen 50000—75000 M.	100	150
Einkommen 75000—100000 M.	100	300
Einkommen 100000—200000 M.	200	500
Einkommen 200000—250000 M.	500	500
Einkommen 250000—500000 M.	500	1000
Einkommen über 500000 M.	500	2000

Aber fast noch wichtiger sind die erweiterten Befreiungsvorschriften. Während nach der alten Notverordnung vom 26. Juli 1930 nur die Personen von der Bürgersteuer befreit waren, die mindestens seit einem Monat Krisenunterstützung empfangen oder laufend öffentliche Fürsorge genießen, ist durch die neue Notverordnung auf Drängen der Sozialdemokratie der Kreis der von der Bürgersteuer befreiten Personen erheblich erweitert worden. Befreit sind von der Bürgersteuer die Arbeitslosen, Kleinrentner, Sozialrentner und Schwerkriegsbeschädigte. Für die Sozialrentner gilt die Befreiung nur, wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 Mark nicht übersteigt. Befreit sind weiter alle nicht wahlberechtigten Personen.

Unter Berücksichtigung der politischen Lage, wie sie im gegenwärtigen Reichstag vorhanden ist, bedeutet die teilweise Verwirklichung sozialdemokratischer Forderungen einen Erfolg. Dieser Erfolg wird nicht geschildert durch Angriffe, die wegen unserer Haltung von politischen Gegnern und von Leuten, die nicht über die notwendige Sachkenntnis verfügen, gegen uns erhoben werden.

Für die gesamte Arbeiterklasse sollen aber die Vorgänge im Kampf gegen und um die Bürgersteuer eine ernste Mahnung sein, ihre politische Macht nicht zum allgemeinen Schaden durch Kabaupolitiker vom Schlage der Kommunisten und Nationalsozialisten schmälern zu lassen. Erfolgreich, die auch im Prinzip der Auffassung der Sozialdemokratie entsprechen, wird die Partei im Parlament nur erringen, wenn die Masse unseres Volkes gegen das politische Kabauelement rechts und links von der Sozialdemokratie den schärfsten Kampf aufnimmt und diesen Kampf ausmündend läßt in eine erhebliche Stärkung der einzigen deutschen Massenpartei, der deutschen Sozialdemokratie.

Gewerkschaftliches

Neufassung der Angestellten-Gehälter der Industrie in Mittelbaden

Nach dreitägiger Verhandlung verständigten sich die Tarifparteien auf eine Vereinbarung, wonach die Tarifgehälter um 5 Prozent gesenkt werden. Davon bleiben die Tariflöhne unter 100 M. unberührt. Die Vereinbarung gilt bis zum 30. September 1931.

Schiedspruch für Feinkeramik

Für die feinkeramische Industrie, deren Reichslohnvertrag am 31. Januar abläuft, ist von dem Schlichter Dr. Böllers-Bremen ein Schiedspruch gefällt worden, der einen Abbau der Lohnsätze und der Arbeitsstunden um 6 Prozent vorsieht. Unter Mitwirkung der Schlichterkammer wurde von den Tarifparteien vereinbart, daß die unter Auswirkung des Tarifvertrags in den letzten Monaten von den Unternehmern vorgenommenen Lohnablässe einer Nachprüfung durch die Schiedsinstanzen unterzogen werden müssen.

Kampf im Holzgewerbe

Die Kriessertüfung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie an die Holzarbeiter hat bei seinen Mitgliedern bis jetzt nur schwache Resonanz gefunden, obwohl die Parole des Abbaus von den Unternehmern mit starkem Beifall aufgenommen worden war. Bis spätestens am 15. Januar sollten, wie der Arbeitgeberverband gefordert hatte, alle bestehenden Löhne um 8 Prozent herabgesetzt werden; eine weitere Senkung der Löhne um 7 Prozent war für einen später noch festzulegenden Zeitpunkt angekündigt worden, falls bis dahin eine Verständigung über die Lohnhöhe auf dem Verhandlungsweg nicht erfolgt sei. Diese Drohung wurde von den gewerkschaftlich organisierten Holzarbeitern mit Eilestille aufgenommen und allem Anschein nach hat das auch auf die Holzporne im Unternehmerlager abfälligen gewirkt; denn bis jetzt ist von den Unternehmern des Holzgewerbes die Ausperrungsparole des Arbeitgeberverbandes nur in ganz bescheidenem Umfange befolgt worden. Ausgesperrt sind im ganzen zur Zeit etwa 9000 Mann. Die große Arbeitslosigkeit zwingt naturgemäß die Holzarbeiter zu Vorkehrungen. Die Ausperrungsliste wählten die Räume der Schornsteine, wie die Ausperrungsliste waren, nicht in den Himmel und man wird auf Unternehmensebene noch mehr zurücktreten, wenn man merkt, daß die Holzarbeiter den beginnenden Kampf als Probe für die gewerkschaftliche Disziplin betrachten.

Aus der Stadt Durlach

Nationalsozialismus — Lüge — Totschlag — Verleumdung

heißt das Thema, über das am Freitagabend 8 Uhr im „Neben Löwen“

Reichstagsabgeordneter Ulrich Heilbronn sprechen wird.

Die Nationalsozialisten rüsten zum Bürgerkrieg! Alles hysterische Geschrei über die „marxistischen Lügen“ darf uns nicht darüber hinwegtäuschen. Die Waffentunde, die militärischen Aufmärsche und Uebungen, sowie die unabweislichen Drohungen ihrer Führer beweisen es. Mit dem Ruf „Kampf dem Nationalismus“ wird der Angriff auf die sozialistischen Kulturorganisationen vorbereitet.

Arbeiter, Angestellte, Männer und Frauen, Jugend und Arbeiterpartei! Das Gebot der Stunde erfordert Aktivität. Kommt und hört, was euch die Sozialdemokratie zu sagen hat. Reicht euch ein in die geschlossene Kampffront gegen die Nazi!

Von der Arbeiterwohlfahrt. Genossinnen mit Genossinnen der Arbeiterwohlfahrt treffen sich jeweils Mittwoch nachmittags von 2—4 Uhr im Handarbeitsaal der Leistungsschule zur gemeinschaftlichen Arbeit, Aufarbeitung mit Unterhaltung. Der Vorstand bittet um zahlreiche Beteiligung.

Aus aller Welt

Der Film „1914“

Der Film „1914“ von Richard Oswald, „Gegen die Kriegsschuldfrage“ gerichteter Film „1914, die letzten Tage vor dem Weltkrieg“, ist heute nachmittags im Tauentzien-Palast zum erstenmal vorgeführt worden. Das geladene Publikum folgte ihm mit lebhafter Spannung und lebte am Schluß anhaltenden Beifall. Der Film, der aufzeigt, wie die Völker Europas in den Weltkrieg



Die Vorgeschiede des Weltkrieges im Film

Aus dem Film „1914“. Zar Nikolaus von Rußland (Rechts, Schünzel) und Großfürst Nikolajewitsch (Ferdinand Sari). Der vor der Überprüfungsinstanz umstrittene Film „1914“ (Regie Richard Oswald) hat jetzt nach einer eingehenden Umarbeitung seine Uraufführung in Berlin erlebt.

„hineingestolpert“ sind, beginnt mit der Mordtat von Sarajewo und endet mit der Ermordung von Jaurès. Er spielt, abgesehen von dem Schauspiel des Verbrechens vom 28. Juli, in den Hauptstädten Berlin, Petersburg, Wien, Paris, London und Belgrad, hat aber seinen Schwerpunkt durchaus in den Petersburger Szenen, in denen der Widerstand des Zaren und seine schließliche Ueberwindung durch Sasanows unehrliche Politik und durch den Kriegswillen des Großfürsten Nikolai und des Generalsstabchefs eingehend und wirksam dargestellt wird. Diese Szenen bilden auch technisch den Höhepunkt des Filmes. Die Berliner Szenen werden der Persönlichkeit und Tätigkeit Bethmann-Sollwegs doch wohl kaum gerecht. Der Film schließt mit dem Verzicht des kaiserlichen Jaurès zu Frieden, Freiheit und Völkerverbündung.

Flugzeugunglück in München

München, 20. Jan. Heute nachmittags 1.20 Uhr fürzte kurz vor der Landung auf dem Flughafen Oberwiesenfeld ein Flugzeug des Bayerischen Reichsfliegerklubs aus geringer Höhe ab. Die Insassen, der Pilot Godejohannes und der Passagier Fritz Kramer, waren auf der Stelle tot. Die Ursache des Absturzes ist noch unbekannt.

Kinodirektor ermordet

ENB. Berlin, 21. Jan. In einem der größten Lichtspieltheater Neuföhns, dem Mercedes-Palast, wurde gestern abend gegen elf Uhr ein schweres Verbrechen verübt. Mehrere unbekannte Täter drangen in die Büroräume des Kinodirektors ein, überfielen den zufällig noch am Abend geschäftstreibenden Direktor und kreuzten ihn durch mehrere Schüsse nieder. Es steht noch nicht fest, ob die Tat ein Raubmord oder ein Raubmord ist.

Selbstmord eines ehemaligen ungarischen Ministers

Budapest, 20. Jan. Der ehemalige Minister des Innern, eine führende Persönlichkeit der Legitimisten, Debon Benicsko, hat sich heute früh auf einer Straßenbahn in Ofen eine Revolverkugel in den Kopf geschossen. Da der Tote nicht sofort identifiziert werden konnte, wurde er in die Klinik gebracht, wo ihn dann Zeitungsberechtigter rekonstruierten. Debon Benicsko war in den Jahren 1919 bis 1920 in der nach dem Sturz des Bolschewismus aus Ruher gekommenen Friedrich-Regierung Minister des Innern.

Kraftwagen mit Reichsbannerleuten verunglückt

Samburz, 20. Jan. Als ein Kraftwagen mit über dreißig Reichsbannerangehörigen den Beddeler Markt überquerte, brach plötzlich die Seitenwand des Wagens und 25 Mann stürzten auf des Straßenpflaster. 12 Verunglückte wurden in ein Krankenhaus gebracht, doch konnten sieben von ihnen bereits wieder entlassen werden.

Gemeindepolitik

Theorie und Praxis bei den Nazis

Am Dienstag, 23. Dezember, trat der neugewählte Stadtrat von Kaffatt zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch die Vergabe der elektrischen Licht- und Klingelanlage, sowie die Gas- und Wasserinstallation für den Neubau des Finanzamtsvorstandes. Diese Arbeitsvergabe stand schon auf der Tagesordnung der vorhergehenden Sitzung, wurde jedoch, da die elektrischen Arbeiten an den nationalsozialistischen Stadterordneten Hant und die Gas- und Wasserinstallation an den nationalsozialistischen Stadterordneten Sonnens in Firma Hornung und Pfisterer, als bei der Submissionsfrist vergeben werden sollte, auf Einspruch der sozialdemokratischen Fraktion auf die nächste Sitzung, bei welcher die Nazis abwesend sind, vertagt. Die Vertagung erfolgte deshalb, um zu hören, wie sich die Nazis dazu stellen, daß sich heute ihrer Bürgerauschussfraktion bei der Stadt um Arbeit bewerben, was doch nach ihrem Kommunalprogramm, das sie auf Flugblättern fürs Volk vor dem Gemeindevahltag mit großem Geschrei bekanntgaben, verboten ist. In Punkt 2 Absatz 6 dieses Kommunalprogramms heißt es wörtlich: **Verbot der Übernahme gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen durch gemeindliche Beamte und Angestellte, Stadterordnete (Bürgerauschussmitglieder) und Stadträte (Gemeindevorsteher).**

Als dieser Programmpunkt in der Stadtratsitzung von sozialdemokratischer Seite verlesen wurde, glaubte das Kollegium, daß die Nazis erklären: Die Arbeiter dürfen an unsere Bürgerauschussmitglieder nicht vergeben werden, da dies unser Kommunalprogramm verbietet. Aber weit gefehlt. Der nationalsozialistische Stadtrat, Justizrat und Notar Dr. F. v. d. W. v. d. W. erklärte: **So sei das nicht gemeint!** Städtliche Arbeiten oder Lieferungen, die im Submissionswege vergeben werden oder Arbeiten und Lieferungen bis zu 500 M., welche turnusgemäß vergeben werden, dürfen ihre Fraktionsmitglieder übernehmen. **Anders werden die Arbeiten oder Lieferungen bei der Stadt überhaupt nicht vergeben.** Das Kommunalprogramm sei nicht so auszulegen, wie es geschrieben steht. Er glaubte dann noch auf seine Art zum Ausdruck bringen zu müssen, daß die Stadträte zu dumm seien, ihr Programm so auszulegen, wie es ausgelegt gehört. **Nein, lieber Justizrat, zu dumm sind die Stadträte nicht, aber zu ehrlich und wahrheitsliebend, um etwas, was klar und deutlich geschrieben steht, in das Gegenteil umzubiegen, wie es die Nazipartei, die Partei des aufgelegten Schwindels, fertig bringt.**

An diesem Beispiel kann man wieder deutlich sehen, was von den Versprechungen, die die Nazi vor den Wahlen gemacht haben, zu halten ist. Es ist nur traurig, daß so viele Wähler dieser Partei, welche doch nur aus Lug und Trug zusammengesetzt ist und nur vom Schwindel lebt, ihre Stimme geradehin abgeben. Das Besondere ist jedoch, daß sich diese Wähler in der Hauptsache aus Angestellten, kleinen Beamten und Geschäftsleuten rekrutieren, die glauben, von einer solchen Partei Hilfe zu bekommen.

Ein Bürgerauschuss, der sich selbst ausschaltet

Aus Egersweier wird uns berichtet: Endlich das Zweikammerregime in der Gemeinde ab geschafft. Wenigstens in der hiesigen Gemeinde, so wird sich manch einer gefügt haben, der die Wahlen der Gemeinde über die Einführung der Biersteuer zu hören bekam. Was brauchen wir auch einen Bürgerauschuss, das kann der Gemeinderat ganz gut alleine machen, es ist ja nicht als ob wir vor den Gemeindevätern stehen würden und bis in vier Jahren haben die Wähler die Sache wieder verlesen. Der § 65 Absatz 3 Ziffer 8 braucht dabei den hiesigen Gemeinderat ebenfalls nicht aus der Ruhe zu bringen. Daß der Gemeinde neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen, ist uns bekannt, ob es aber gerade die Biersteuer sein muß, ist eine andere Sache. Allerdings ist diese Steuermaßnahme ja die einfachste, die man sich denken kann. Ob nicht aber auch einmal diese Steuerquelle verliert?

Wenn eine neue Steuer eingeführt wird, scheint es die selbstverständliche Sache der Welt zu sein, daß dieselbe auch wieder von den Geschäftsleuten, in obiger Sache dem Wirt, abgemalt wird, denn wozu nennt man solche Steuern auch Maltensteuern! Das man aber bei einer Steuer von 2.50 RM. bei Schwabier bis zu 7.50 RM. dem Fehlfahrer stark mit dem Glas um 2 Pfennig aufhängen muß, vermögen wir Arbeiter, die wir das Einkommen nur in der Volksschule verdienen, nicht zu bezahlen. Nehmen wir einmal an, ein Fehlfahrer Bier kostet 40 M. (was die Wirklichkeit noch um ein kleines übersteigt), hinzu kommt jetzt in hiesiger Gemeinde die Biersteuer nach dem alten Geleß und nicht nach der Notverordnung, von 7 Prozent oder 2.80 RM. Der Wirt verlangt nun für ein Dreischntel 2 Pfennig mehr und erhält somit rund 7 Pfennig pro Liter, während er nur 2.8 Pfennig bezahlt. Wer will da noch behaupten, daß das kein gutes Geschäft ist. So gehen im Zeichen des Preisabbaues.

Gemeinderatsbeschlüsse

Appenweier (Sitzung vom 16. Januar)

1. Unter Zuziehung von Einwohnern aus der Zahl der Klein-, Mittel- und Großwasserverbraucher wurde vom Gemeinderat zur Berechnung des Wasserpreises für die einzelnen Wasserabnehmer aus der neu erstellten Wasserleitung ein vorläufig geltender Tarif aufgestellt. Nach übereinstimmender Ansicht ist zur Aufbringung der Kosten die Fortsetzung einer Mindestwasserabnahme erforderlich, weil heute noch viele Anschlussnehmer nicht ihren gesamten Wasserbedarf aus der Leitung entnehmen. Dem Bürgerauschuss soll nun nachstehender Tarif zur Genehmigung vorgelegt werden. Die zur Berechnung kommende Mindestwasserabnahme beträgt 100 Kubikmeter pro Anschluss im Jahr und wird dafür eine Grundtaxe von 3 M. monatlich gleich 36 M. für 1 Kubikmeter festgesetzt. Bei einer über den Mindestwert hinausgehenden Wasserentnahme werden erhoben: für 100 bis 150 Kubikmeter im Jahr 36 M. für 1 Kubikmeter Mehrverbrauch, für 150-300 Kubikmeter im Jahr 15 M. für 1 Kubikmeter Mehrverbrauch, über 300 Kubikmeter im Jahr 10 M. für 1 Kubikmeter Mehrverbrauch. Dazu kommt noch die Zählermiete von 30 M. im Monat. Für einzelne Personen, die wenig Wasser verbrauchen, soll eine Sonderregelung getroffen werden.

2. Ein Grundstück wird zwecks Aufnahme einer Hypothek gekauft.

Gohshheim (Sitzung vom 14. Januar)

Die Festschließung des Wasserpreises nahm lange Zeit in Anspruch, in dem durch die Erstellung eines Pumpwerkes im vergangenen Jahre eine Erhöhung des Wasserpreises von 100 Prozent vorgenommen wurde muß. Zur Verringerung eines Verlustes für die Ratschule sollen von hiesigen Schloßern Angebote eingeholt werden. Ein Antrag zur Beihilfe einer Kellerentwässerung, Anschaffung einer Pumpe zu diesem Zweck wurde abgelehnt. Desgleichen auch das Geleß der Blea-Direktion wegen Nachlass der Gebäudewerkssteuer für das hiesige Stationsgebäude. Genehmigt wurde der Neuaufbau für den Gartenfall, den Zentner für 2.80-3 M. Von dem Abschluß der Versicherung der Pflichtfeuerwehr sowie der Prämienversicherung des Gemeindevorstandes wurde Kenntnis genommen. Zu Anfang der Sitzung gab einer der Hitlergemeinderäte zu erkennen, wozu die Arbeiterpartei gehört. Er verlangte nämlich, daß der Gemeinderat ähnlich wie im Reich oder Landtage nach Parteien sich teilen sollte und beantragte für sich die Sitzelegenheit am weitesten rechts.

Mordprozeß Märkle

Eine Ueberraschung: Der Verteidiger lehnt den Gerichtshof wegen Befangenheit ab Das Oberlandesgericht soll entscheiden

Im Karlsruhe, 20. Jan. Heute vormittag sollte vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) der Mordprozeß gegen die Ehefrau Luise Märkle geb. Mathis aus Weisweil beginnen. Wie im Mordprozeß hatte sich das Publikum, das nur gegen Karten Zutritt erlangte, sehr zahlreich eingefunden. Wiederum saute sich vor dem Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge und ein verstärktes Polizeiaufgebot hält die Ordnung aufrecht. Die Anklage, die auf Mord lautet, vertritt wie im Mordprozeß erster Staatsanwalt Dr. Pfeiffer.

Gleich bei Eintritt in die Verhandlung meldet sich der Verteidiger der Frau Märkle, Rechtsanwalt Weitz-Karlsruhe am Wort, um die Erklärung abzugeben, daß er den Vorsitzenden Richter, Landgerichtspräsident Rudmann, sowie die beiden beifolgenden Richter, Landgerichtspräsident Sottner und Sora wegen Befangenheit ablehne. Zur Begründung führte Rechtsanwalt Weitz im Fall Weisweil mündlich aus: Er habe auf dem Standpunkt, daß ein Richter, der schon einmal eine Verhandlung mitgemacht habe, niemals unabhängig in die zweite Verhandlung gehe, weil er durch die erste Verhandlung befangen sei. Zumal man wisse, daß die Berufsrichter in der ersten Verhandlung überstimmt worden seien. Die Urteilsbegründung im Falle Märkle sei so mangelhaft, daß sogar der Staatsanwalt in der Revisionsbegründung gefordert habe, das sei keine Begründung und es wäre darin zum Ausdruck gebracht worden, daß die Revisionsrichter den Urteilen gefällig hätten. Die Berufsrichter hätten durch die Urteilsbegründung zu erkennen gegeben, daß sie überstimmt worden seien. Die Begründung des schwurgerichtlichen Urteils mit dem unzulässigen Hinweis auf das Abstimmungsresultat lege die Vermutung nahe, daß die Berufsrichter das Urteil auf Fall bringen wollten. Jeder Richter, der zum zweiten Male in eine Verhandlung gehe, sei befangen. Er sei es dann, wenn er überstimmt worden sei, und nachher in der Urteilsbegründung einen Kampf führe gegen das Urteil. Damit verleihe der Richter seine Stellung und werde Partei wie Staatsanwalt und Untersuchungsrichter, die bei der Urteilsfindung ausgeschlossen seien. So seien berechtigte Zweifel an der Objektivität der Richter vorhanden.

Der Vorsitzende richtete an den Verteidiger die Frage, ob es nötig war, diesen Antrag erst heute zu stellen.

Rechtsanwalt Weitz erwiderte, er habe den Antrag absichtlich heute erst gestellt, weil er ihn in aller Öffentlichkeit behandelt sehen wollte.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Dr. Pfeiffer, trat dem Antrag entgegen. Es bestünde kein Grund zur Ablehnung. Er könne dem Verteidiger nicht beistimmen, daß in der Urteilsbegründung ein Unterschied zwischen der Meinung der Berufs- und der Revisionsrichter gemacht worden sei.

Das Gericht sieht sich zur Beratung an und fasste folgenden Beschluß: „Da das Gericht wegen Befangenheit abgelehnt wurde, wurde das Oberlandesgericht zur Entscheidung angerufen. Die Verhandlung wird bis zum Vorliegen dieser Entscheidung unterbrochen.“

Der Einspruch des Verteidigers abgelehnt

Am Nachmittage trat das Schwurgericht in die Verhandlung gegen die Ehefrau Luise Märkle ein. Der Vorsitzende brachte zunächst die Entscheidung des Oberlandesgerichts zur Verhandlung: „Das vom Verteidiger namens der Angeklagten in der heutigen Hauptverhandlung gegen den Vorsitzenden und die beifolgenden Richter vorgebrachte Ablehnungsgeleß wird als unzulässig zurückgewiesen.“

Darauf wird mit der Vernehmung der Angeklagten, der 35 Jahre alten verheirateten Bahnarbeiters-Ehefrau Luise Märkle geb. Mathis aus Weisweil, Amt Emmendingen, begonnen. Die Angeklagte macht Angaben über ihren Lebensgang. Ein eigenartiger Zufall will es, daß der heutige Tag ihr Hochzeitstag ist. Mit ihrem Manne hat sie immer gut gelebt; sie ist Mutter dreier Kinder. Insgesamt befindet sie sich mit Unterbrechung vom 17. Mai bis 24. Oktober 1929 19 Monate 19 Tage in Untersuchungshaft. Der Vorsitzende verliest hierauf den Strafungsbescheid. Die Anklage legt der Angeklagten und dem bereits rechtskräftig verurteilten Kriminalkommissar Werner zur Last, daß sie, nachdem sie zwei Jahre ein Vieheschermehrs unterhielten und sich beirauchen wollten, Anfangs 1929 den Entschluß faßten, die ihrer ehelichen Verbindung im Wege stehende Ehefrau Werner zu seztigen. In Ausführung dieses Plans hat die Märkle auf Veranlassung Werners sich 20 Gramm Arsen verschafft und dieses am 1. Mai 1929 dem Werner gegeben, der es im Einvernehmen mit ihr in der Zeit zwischen dem 3. und 6. Mai 1929 seiner Frau durch Beimischung in Speisen und Getränke beibrachte mit dem Erfolge,

daß Frau Werner am 3. Mai schwer erkrankte und in der Frühe des 7. Mai verstarb. Sie haben somit gemeinschaftlich vorsätzlich einen Menschen getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt (Verbrechen strafbar nach § 211).

Vorsitzender: Befennen Sie sich dieser Anklage schuldig?
Angeklagte: Nein!
Vorsitzender: Sind Sie unschuldig?
Angeklagte: Ja!

Hierauf wurde das Urteil des Schwurgerichts vom 17. Mai zur Verlesung gebracht.

Bei der Vernehmung der Angeklagten, muß sie auf Vorhalt einräumen, daß sie es mit der ehelichen Treue nicht genau genommen hat und der Angeklagte Werner nicht der einzige war, mit dem sie sich in ehedem rechtliche Beziehungen einließ. Mit Werner hat sie sich noch Anfang 1928 näher eingelassen. Werner sei immer sehr freundlich zu ihr gewesen, habe sie unterstützt und mit kleinen Geschenken und Aufmerksamkeit bedacht. Er habe sie in der Folgezeit öfters in ihrer Wohnung besucht, wobei er die ihm bekannte Abwesenheit ihres Mannes benutzte. Werner habe behauptet, sie auf leiden zu können, und wiederholt seine Liebe bekundet. Ueber seine Frau habe Werner nie gesprochen — erst, nachdem die anonyme Briefe kamen, habe er gefragt. Werner habe die Befragung ausgeprochen, daß diese Briefe keine Frau zum Selbstmord treiben könnten. Werner sei für immer nachgelassen, wenn sie sich von ihm zurückziehen wollte. Ihrem Manne sagte sie nichts, weil sie keinen Streit wollte. Sie will sich nur aus Mitleid mit Werner eingelassen haben, da ihm seine Frau wegen Krankheit nicht mehr zu helfen gewesen wäre. Er sei sehr eifersüchtig gewesen. Habe sie fast immer nach Hause begleitet und Sonntagmorgens in die Kirche bestellt.

Nach dem 12. Februar 1929 fragte sie Werner, ob sie ihm Arsen verschaffen könne, was — darüber äußerte er sich nicht. Auf ihre Befragung sagte er, Arsen wäre ein Gift und er wolle etwas anderes bieten. Weitere Fragen schmit er mit den Worten ab: „Du wirst immer alles wissen. Man kann den Weibern nicht alles sagen.“ Werner sagte ihr, sie solle zu dem Laboranten Glaser gehen und das Arsen bei ihm besorgen. Auf Befragen, was sie laien sollte, wozu das Gift benötigt würde, sollte sie sagen, zur Rattenvergiftung. Sie ging dann zu Glaser, aber bis drei Tage später. Von Vertrauenspersonen sei damals mit Werner gesprochen worden. Die Angeklagte schildert dann, wie sie sich das Arsen beschaffen hat. Sie ging erst zu Glaser, dann zu Brand. Beide rieten ihr von Arsen ab und empfahlen gegen Ratten Phosphor und Weizenweizen. Dann fragte sie in einer Drogerie nach. Es wurde ihr gesagt, daß man für Arsen einen Giftschein benötige. Sie schickte einen Bekannten aufs Bezirksamt wegen des Giftscheins und wandte sich an eine weitere Person, die ihr ein Geleß dazu auflegen sollte. Am Nachmittage ergab sie Werner den Verkauf ihrer Vermögensgegenstände, um Arsen zu erlangen. Sie will immer geglaubt haben, er habe „etwas probieren“ wollen mit dem Gift. Werner setzte ihr schließlich das Geleß um Erteilung eines Giftscheins mit der Begründung, im Keller der Telegraphenleitung gäbe es Ratten, auf. Nach einer sehr oberflächlichen Prüfung durch einen Beamten, der lediglich mit der Angeklagten auf den Straßengang, statt sich zu vergewissern, ob es in ihrem Keller Ratten gäbe, wurde der Giftschein erteilt, mit dem sie am 1. Mai in der Stadtapotheke 20 Gramm Arsen kaufte. Werner fragte schon mehrfach ungeduldig gefragt, wo das Gift bleibe.

„Wo bleibt das Gift?“

Ich glaube, Du führst mich am Karrenseil herum. Wenn ich wüßte, würde ich Dich erschlagen.“ Die Darstellung der Angeklagten, wie sie Werner das Gift gegeben haben will, weicht von den Aussagen Werners wesentlich ab. Die Angeklagte behauptet, jeden feinen Behälter genommen und sie habe nicht daran gedacht, daß Werner mit dem Arsen einen anderen Gebrauch machen würde. Am 4. Mai erlaube sie sich ihm, daß seine Frau erkrankt war, erklärte er, glaube, daß sie sterben müsse (bei dieser Angabe der Angeklagten entsteht Bewegung im Publikum). Sie habe ihm nachher, seine Frau ins Krankenhaus zu schaffen. Darauf meinte er, er habe dienstfrei und könne sie selber pflegen. Erst am Montag, 6. Mai seien der Angeklagten Behälter genommen. Sie habe Werner jedoch nicht vorgehalten. Am 7. Mai, morgens, habe sie auf der Staatsanwaltschaft, daß Werners Frau gestorben war. Da seien ihr Behälter gekommen — sie habe aber nicht gefragt. Am 9. Mai habe sie Rosen gekauft und der Frau Werner auf den Sarg gelegt. Beim Anblick der Leiche habe sie gedacht: „Wenn ich Dich nur fragen könnte, was Du geholt hast!“ Die Angeklagte hatte angedeutet, seine Frau wäre an Ruhr gestorben. — Die Vernehmung der Angeklagten wird morgen vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

Wir bedauern, daß es auch in unserer Gemeinde noch Arbeiter gibt, die sich einer rechtsgerichteten „Arbeiter“partei anschließen, ja sogar in der Führerschaft zu finden sind.

Dypenau (Sitzung vom 15. Januar)

Von dem vom Kirchspielrat mitgeteilten Kirchspielortanschlag 1931/32 wird in den einzelnen Positionen und Gesamtbeträgen Kenntnis genommen. Es ist gelungen, eine kleine Ausgabeneinsparung herbeizuführen, die aber im bevorstehenden Voranschlagsjahre noch nicht besonders zur Wirkung kommt, weil im abgelaufenen mit einem größeren Kassennotstand aus dem Vorjahre gearbeitet werden konnte. Das Umsatzeinkommen der Stadtgemeinde mit 32 Prozent des unbedeckten Aufwandes beträgt 4598.08 M.; es ist in den Gemeindevoranschlag aufzunehmen. Wenn nun noch verschiedene Erhebungen und Berechnungen abgegeschlossen sein werden, kann an die Aufstellung des Gemeindevoranschlags herangegangen werden. — Für einige Grunddienstleistungen wird Lösung im Grundbuch bewilligt. — Die beschlossene Gemeindeabgabe über die Zahl der Gemeinderäte erklärt die formelle Ergänzung dahin, daß sie 14 Tage nach Veröffentlichung in Kraft tritt. — Von einem Kundenerlaß vom 22. Dezember 1930 über die Veranlagung zur Gebäudesteuer und die Gewährung von Steuerbefreiungen und Ermäßigungen wird Kenntnis genommen. Nach der darin getroffenen Anordnung haben die Steuerpflichtigen für jedes Steuerjahr grundsätzlich einen neuen Befreiungs- oder Ermäßigungsantrag zu stellen. Besonders für die Ermäßigungen und Befreiungen aus Willkürgründen könne auf eine jährliche Wiederholung des Antrags deshalb nicht verzichtet werden, weil die Voraussetzungen sich von Jahr zu Jahr ändern können und deswegen alljährlich neu geprüft werden müssen. Nach Beginn des neuen Rechnungsjahres, 1. April, werden daher alle Steuerpflichtigen, die bisher Ermäßigung genossen haben und im neuen Steuerjahr solche wieder in Anspruch nehmen wollen, einen neuen Antrag zu stellen haben. Im Interesse der Fälle, in denen die Verhältnisse offen und einfach zutage liegen und in denen eine Veränderung offenkundig nicht eintritt, wäre es wünschenswert gewesen, wenn die verurteilten Mehrarbeit hätte vermieden werden können. Sie liegt jedenfalls nicht auf der Linie des Abbaues. Unter Ungenauigkeit hätte die Veranlagung deswegen doch nicht zu leiden brauchen. — Die Malerarbeiten für die Wohnungsvermittlung im Rathaus werden auf Grund der eingeholten Angebote vergeben; die weiteren Arbeiten fallen den Jahreslieferanten zu, da die Beträge unter der Grenze für die öffentliche Vergabe liegen. — Einige Grundsteuerumlagegeschäfte werden verbeizulassen. — Die Dienstverhältnisse der

Angestellten sind durch Erlösung einer Angestelltenkammer neu geregelt.

Mörsch

Das Stammholzschälerei soll an ausgeführte Erwerbstätige vergeben werden der Restmeter 70 M. Die Wiederinstandsetzung von Teil niedergebauten Telefongebäudes von D. Ritters wird von der Gemeinde zu der von der Gebäudeverwaltung verwalteten Entschädigung übernommen. Auf die Bekanntmachung des Bürgermeisters betr. Wohnungsbau für 1931 haben sich 10 Interessenten gemeldet, die ein Wohnhaus bauen wollen. Es ist beschlossene in Aussicht genommen, die Friedenstrasse auszubauen, darunter könnten wieder Bauplätze von circa 500 Quadratmeter geschaffen werden, wenn die Gemeinde das Baugelände ankauf, aufteilt und zum Selbstkostenpreis an die Bauenden abgibt. Es ist zu wünschen, daß auch die neue Gemeindevorstellung an dieser bewährten Einrichtung festhält. Laut Verfügung des Bezirksamts unter Hinweis auf die Notverordnung mußte der Voranschlag für das laufende Geschäftsjahr einer Nachprüfung unterzogen werden, ob für die Ausgaben Deckung vorhanden ist. Den Mehrausgaben von ungefähren 8000 RM., die hauptsächlich für Füllorgelbau und Kirchenunterhaltung betreffen, stehen Mehreinnahmen gegenüber: erhöhte Biersteuer 2000 RM., Erparnis an Holzhaulerlösen 1000 RM., Grundsteuererlöse 650 RM. Der Rest von ungefähr 4000 RM. soll durch neue zu erhebende Wasserzölle gedeckt werden. Der Staat gibt durch Rathschläge, wälzt die Füllorgelbau auf die Gemeinden ab, während die Steuerüberweisungen an die Gemeinden und nicht dann die ganze Geländung der Finanzen.

Unsere Filialinhaber

die den Volksfreund durch die Post überliefert erhalten, wollen die für den Monat Februar benötigte Besieberszahl (Erwerbstätigen und in Arbeit stehende) spätestens bis Samstag, 24. Januar, hierher mitteilen. Die übrigen Filialen bis spätestens 31. Januar. Wir bitten im Interesse einer prompten Regelung des Besiebers für den nächsten Monat um genaue Einhaltung der Termine.

Denken Sie immer daran, verordnete Hausfrau, daß auf jeden Sackmüßel von Moggis die Anzeigenschaft steht, und daß bei den einzelnen Sorten die Anzeigenschaft steht. Verordnen Sie genau nach den hohen Anweisungen, die das Erzeugnis sorgfältiger sachmännlicher Fertigung ist, so werden Sie sich immer wieder davon überzeugen, daß Moggis' Suppen Freude anlocken und Lob ernten.

Die Polizei berichtet:

Störung einer Zentrumsversammlung

Am Dienstagabend versuchten etwa 30 zum Teil halbweiche Karlsen, die offenbar der Nationalsozialistischen Partei nahesteht, eine vaterländische Kundgebung des Windhorst- und der Katholischen Jugend im Eintrachtssaal zu stören. Als die Versammlung am Schluß des Deutschlandlied sang, stimmten sie die Versammlung aus dem Saal gemietet. Auf der Straße bildete sich eine größere Ansammlung, die von der Polizei leicht zerstreut werden konnte. Da die Hinausbefördernden verurteilt, aus der Festhalle, wo sie eine nationalsozialistische Kundgebung zu Ende besaßen, Hilfe zu holen, und es dadurch erneut zu Ansammlungen in der Karl-Friedrich-Straße kam, mußte die Polizei ein zweites Mal die Straße säubern. Zu Tätlichkeiten kam es nicht.

Verkehrsunfälle

Am Dienstagabend stießen Ecke Marien- und Luisenstraße ein Personkraftwagen und ein Motorradfahrer zusammen, wobei beide Fahrzeuge erheblich beschädigt wurden. Die Schuld liegt auf beiden Seiten.
Eine Kellnerin, die auf dem Sozius des Kraftwagens misfuhr, stürzte auf Boden und erlitt Schürfwunden und Prellungen am linken Bein. Sie fand Aufnahme in der ev. Krankenpflegestation in der Luisenstraße.
Am Montag nachmittags verfuhrte der Führer eines Personkraftwagens beim Einbiegen in die Kurve beim Schließen im Klippbruch durch Einhalten der falschen Straßenseite einen Zusammenstoß mit dem Zweifachmotorwagen eines Millers. Das Personkraftfahrzeug wurde durch den Zusammenstoß leicht verletzt.

Unmenschliche Quälerei

Furchtbare Mißhandlungen eines Schiffsjungen

Aus Bremen wird uns berichtet:

Auf einem Hamburger Schiff hat sich kürzlich ein Fall unheimlicher Quälerei eines Schiffsjungen durch einen Kapitän zugezogen. Der Fall beweist wieder einmal die Notwendigkeit einer Revision der in vieler Beziehung mittelalterlichen Seemannsordnung.

Der Leidtragende war ein kleiner 15jähriger Bremer Schiffsjunge Willi B. Er wurde am 12. Dezember 1930 auf dem Motorleiler „Anna“ (Kapitän und Kapitän Konrad Thiemann-Hamburg) zu seiner ersten Fahrt anbeuert. Außer dem Kapitän und ihm befand sich auf dem Schiff nur noch ein Matrose Walter Sch.-Hamburg. Das kleine Schiff hatte Kalle geladen mit dem Ziel Dänemark. Für den Schiffsjungen wurde die Fahrt zu einer wahren Qual. Mit erfrorenen und verletzten Händen und Füßen, einem beulenbedeckten Kopf, einer zerfetzten Kalle und blutunterlaufenen Nägeln kam er schwerkränkt am 21. Dezember per Bahn wieder nach Bremen. Sein Zustand verschlechterte sich so, daß er am 26. Dezember in ein Bremer Krankenhaus eingeliefert werden mußte, in dem er bis zum 10. Januar lag.

Der furchtbare Zustand des 15jährigen Schiffsjungen ist auf die unheimliche und grausame Behandlung des Kapitän und des Matrosen zurückzuführen. Heute noch, nachdem der Junge als geheilt entlassen ist, kann er nur mühsam laufen. Seine Fingerringe sind infolge der Prügel mit dem geronnenen Blut schwarz.

Ueber den Verlauf der Fahrt und die Qualen für den Schiffsjungen geht uns folgender zuverlässige Bericht zu: Die Fahrt ging zunächst nach Bremerhaven. Bereits in der zweiten Nacht — der Schiffsjunge stand schwer kränkt an der Steuerkabine — wurde er von dem Kapitän mit der Faust auf das Auge geschlagen, weil er von dem Kapitän auf die Reeling laufen wollte, um seinem erkrankenden Magen Luft zu machen. Als er nachts auf Deck gerufen wurde und nicht gleich seine Schuhe fand, mußte er bei Kälte

und Sturm vier Stunden mit bloßen Füßen auf Deck Saal feil machen und im Ruderkabine stehen. Der 15jährige, der zum ersten Male ausgefahren war, hatte keine Ahnung vom Steuern. Er bat den Kapitän und den Matrosen mehrfach auf den Knien gebeten, sie sollten ihm doch erklären, wie richtig gesteuert würde. Statt dessen haben sie ihn geschlagen und geprügelt. Durch die Kälte und die ionischen ungewohnten Sautierungen auf Deck waren ihm zunächst die Hände stark aufgesprungen. Mit den rissigen, blutenden Händen mußte er im Verlauf der Fahrt — das Schiff war aufgewälten — das Kall umladen. Die scharfen Salze machten die Wunden nur noch größer. Am 10. Dezember ließ der Kapitän keine jährlische Insulte besonders brutal an dem Jungen aus. Weil er nicht richtig steuerte, schlug er ihm mit aller Gewalt mit dem Rantoffel ins Gesicht und über den Kopf und rief ihm an den Ohren. Schließlich warf er ihn aus der Steuerkabine heraus auf Deck und bearbeitete ihn mit Prüzeln. Anfälle hat der 15jährige, ihn nicht mehr zu schlagen. Umsonst! Nicht einmal Zeit zum Essen ließ man dem Jungen. Jeder Tag brachte neue Qualen für ihn.

Am 20. Dezember hatte das Schiff Stine an der dänischen Küste erreicht, wo die Kallabunde gelöscht wurde. Mit den erfrorenen Händen, von denen die Haut in Fetzen herunterging, mußte der Schiffsjunge das Kall abladen helfen. Ein dänischer Hafenarbeiter wurde auf seinen jammervollen Zustand aufmerksam. Ihm erzählte der Junge von den furchtbaren Mißhandlungen. Empört darüber, holte der Arbeiter zwei Kollegen, die den Schiffsjungen zu dem deutschen Konsul brachten. Hier erzählte er, wie es ihm ergangen ist und weigerte sich, weiter auf dem Schiff zu fahren. Der Konsul schickte den Jungen zunächst zu einem dänischen Arzt, der ihn notdürftig verband und verbandelte dann mit dem Kapitän des Schiffes, daß er den Schiffsjungen gehen lasse. Er gab schließlich keine Zustimmung unter der Voraussetzung, daß Willi B. keine Strafanzeige erhebt. Wenn er das täte, würde er, der Kapitän, eine Gegenklage einreichen, weil der kleine 15jährige den 40-jährigen robusten Mann mit dem Beil bedroht habe. In seiner Angst unterschrieb der Schiffsjunge die Verpflichtung, keine Anzeige zu erstatten. Dann wurde er entlassen und von dem Konsul mit der Bahn nach Bremen zurückgeschickt.

Der Vater des Jungen hat inzwischen beim Seemannsamt Anzeige gegen den Kapitän erstattet.

der Partei treu, dann wird auch bei der kommenden Wahl der Sieg unser sein. — Als Gemeindevorsteher unserer Partei zu dem am 1. Februar in Offenburg stattfindenden Landeskongress hiesiger Gemeindevorsteher wurde Gen. Valentin Böger bestimmt. In Punkt Verschiedenes wurden Wünsche und Anträge diskutiert.

Kleine bad. Chronik

Wieder ein Gasspiel des Jöhns!

Rapide Schneefälle in mittleren Schwarzwaldteilen — Zumeist neue Schneefälle auf den Hochflächen
In dem Schwarzwald, 20. Jan. Die Witterung ist erneut scharfen Schwankungen ausgesetzt. Dem erneuten Kälteeinbruch mit ausgiebigen Schneefällen zu Beginn der Woche ist am Dienstag ein unermittelter Höhepunkt erreicht. Gans plötzlich stieg die Temperatur stark an und ein aufkommender lauer, feuchtigkeitsreicher Südwind brachte in den tieferen und mittleren Bezirken des Schwarzwaldes, die erstmals in diesem Winter eine hohe Schneedecke trugen, sein Bestehen zu Ende. Am 20. Januar regnete es bis auf 1000 bis 1100 Meter letzte am Dienstag Regen, vermehrt mit Taufschneefall ein. Das Thermometer ging vorübergehend bis auf 2 Grad Wärme. Der noch nicht „gefroren“ Schnee hing an schmelzen an und es bildeten sich Wasserpfützen inmitten der benetzten Schneeflächen, die alsbald eine trübe graue Färbung annahmen. Die Schneefälle benannten zu gurgeln, die Berggipfel stiegen sich und die Wasserfälle tosen, nachdem dort auch die blassen Eisschilde mit einem Male zum Laufen gebracht worden waren.

Kur im hohen Schwarzwald tobte der Schneesturm weiter. Bei einem Grad Kälte hielt das Schneegestöber vor allem über den Feldberghöhen, fühlte davon über dem Herogenhorn, Spießhorn und Selgen weiter an. Mäßige Nebelschichten luden immer zu neuen Schneemengen aus. So erreichte die totale Schneehöhe auf den Berggipfeln zwischen 1300 bis 1500 Meter eine Mächtigkeit von 80-100 Zentimeter, damit also die höchste Schneehöhe dieses Winters. Die Winterportverhältnisse können daher im obersten Schwarzwald als weiterhin sehr günstig bezeichnet werden. Ueber die Hochhöhen mühen wiederholt Schneefälle gezogen werden.

Start vermischt sind die Höhenstrassen Bärenthal-Feldberg, Mengerschwand-Feldberg und Jahl-Feldberg. Auf den oberen Strecken liegt fast ein Meter Schnee, darunter 40 Zentimeter dichter Neuschnee. In beiden Strassen türmen sich jetzt mächtige Schneewände, die die Bahnschienen weggeschoben haben, so daß man nurmehr durch die Höhenstrassen wie durch Hochwäse spazieren. Spontane Anhalte gewahren die gemalten Schneerewehungen in der Bergeshöhe.

Verkehrliche Anzeichen deuten auf neue Kälteeinwirkung im Gebirge hin. Dies wäre um so wünschenswerter, als Fortdauer des Jöhns oder gar Tauwetter bis zu den höchsten Berggipfeln unter Umständen gefährdendes Hochwasser heraufbeschwören könnte.

In den Wurfstiel gestürzt und verbrüht

Bad Peterstal. Der Landwirt Albert Huber in Grund hatte anlässlich einer Hausflucht einen Kessel mit Wasser zum Kochen der Würste anelencert und das Wasser war am Sieden. Aus noch nichtemantendrei gestörter Ursache — man glaubt, Huber habe sich auf die Einleitung des Kessels gesetzt — klappte er plötzlich rücklings in das kochende heiße Wasser. Die Verbrühung war so schwer, daß Huber gestorben ist.

* Müllheim. Auf der Bahnstrecke zwischen Waghäusel und Müllheim wurde gestern früh die Leiche der 63 Jahre alten Witwe Anna Elisabeth Schmidt von hier aufgefunden. Man nimmt an, daß die Frau, die schon längere Zeit schwermütig war, sich selbst vom Zuge hat überfahren lassen.

* Müllheim (Bruchsal). Am vergangenen Sonntag gegen 6 Uhr früh geriet auf bis jetzt unauferklärte Weise die Scheune des Schmied Franz Barck in Brand und wurde vollständig zerstört. Dank dem raschen Eingreifen der Feuerwehr konnten die Nebengebäude vor dem Feuer geschützt werden. Brandstiftung wird vermutet.

* Seibelsheim. Beim Arbeiten in der Scheune kürzte der Landwirt Engelhard Durst aus erheblicher Höhe ab und so sich einen Befenbruch zu.

* Mannheim. Vorlechte Nacht wurde die Berufsfeuerwehr nach dem Fabrikbrand der Firma Böhringer u. Söhne gerufen. In einer Schmelze ein großer Brand ausgebrochen war. Zu seiner Bekämpfung wurden insgesamt 7 Schlauchleitungen, davon 3 durch die Berufsfeuerwehr, angesetzt. Das Feuer konnte auf seinen Fortschritt beschränkt werden. Nach etwa zweifelhünder Tätigkeit konnte die Berufsfeuerwehr abziehen unter Zurücklassung einer starken Brandwache durch die Berufsfeuerwehr. — Sonntagabend nach 11 Uhr hat sich eine 29 Jahre alte geschiedene Frau in der Dillstadt, wo sie als Stütze tätig war, aus ihrem im Stad gelegenen Zimmer auf die Straße gestürzt. Die Unfälle die so schwere Verletzungen davongetragen, daß sie auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Die Tat dürfte auf einen vorausgegangenen Streit mit dem Verlobten zurückzuführen sein.

Gengenbach. Die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende erstattete, war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich in aufsteigender Linie bewegt. In Rentenfreistücken sind dem Vorsitzenden 38 Fälle gemeldet worden, und von diesen an die Rechtsauskunftsstelle und Vertretung weiter geleitet worden. Von diesen 38 Streitfällen wurden 27 mit Erfolg durchgeführt. Nur ein Fall war ohne Erfolg, die übrigen Fälle laufen noch bzw. sind noch nicht erledigt. Der Kassenbericht wurde geprüft und für gut befunden. Dem Kassier, der auch langjähriger Kassier der Bezirksstelle des Dolzarbeiterverbandes ist, wurde für seine vorzügliche Kassenführung Anerkennung gezollt. Bei der Wahl der Ortsgruppenleitung wurden die alten Funktionäre einstimmig wiedergewählt. Es sind dies erster Vorsitzender Ernst Eberle, zweiter Vorsitzender und Schriftführer Peter Wolffstädter, Kassier Josef Ficht, Beisitzer Heinrich Oberle und Frau Karoline Steiner. Invaliden und Unfallrentner, Sozialrentner und Bedürftige, die Rat und Auskunft suchen oder einen Rechtsbeistand brauchen mögen sich an den Vorsitzenden Ernst Eberle wenden.

* Staufen. Heute nachmittags fuhr von Staufen kommend der Straßenwart Hermann Neumeyer aus Tünzel mit seinem Fahrrad beim Überqueren der Landstraße Freiburg-Basel bei Krosinchen auf ein Auto auf, wurde über den Kühler unter das Auto gemorren und eine Strecke mitgeschleift. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er in die Freiburger Universitätsklinik gebracht.

* Staufen. Der in der Freilichtgalerie oberhalb der Belsmühle wurde gestern nachmittags aus noch unbekannter Ursache ein Döner der Flammen. Die Feuerwehr von Staufen und Unterbrechtal bemühten sich vergeblich, das Feuer einzudämmen. Der Bauernhof, einer der ältesten der Gegend, brannte völlig nieder. Obwohl der Brandbeschädigte versichert ist, ist der Schaden sehr groß.

Ein Gläubiger der Deutschen Mittelhandbank, die eine Gründung der Deutschen Wirtschaftspartei ist, hat gegen diese Institution beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg den Antrag gestellt, der Gläubiger in dem Unternehmen Mitspracherecht vor, jedoch hat auch die Staatsanwaltschaft mit der Sache nicht befaßt werden müssen.

Schiebungen mit Kaffeehauswechsell
C.A.B. Berlin, 20. Jan. Vor etwa vier Wochen beschlagnahmte die Kriminalpolizei zwei gefälschte Wechsel. Wie die Untersuchung ergab, hatte eine Gesellschaft von Wechselwechsellern ungefähr 90 gefälschte Wechsel, die auf den Namen großer westdeutscher Firmen ausgestellt waren, in den Verkehr gebracht. Diese Wechsel waren auf insgesamt 1,5 Millionen Mark ausgestellt. Die beiden beschlagnahmten Wechsel hatten Mitalieder der Fälschergesellschaft bei zwei kleinen Bankgeschäften untergebracht. Alle gefälschten Wechsel scheinen im Kasse in Umlauf gebracht worden zu sein.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ueber Europa entwickelt sich jetzt ein Hochdruckrücken, unter dessen Einfluß bei uns kaltes Wetter eintritt wird. Schon heute sind die Temperaturen infolge Nachlassen der ozeanischen Warmluftzufuhr zurückgegangen.

Wetterausblick. Zeitweise aufhellend, höchstens vereinzelt noch geringe Niederschläge meist als Schnee, in Aufklärungsgebieten verstärkter Frost.

Wasserstand des Rheins

Waldbut 247, aest. 15; Schutterinsel 135, aest. 24; Rebl 275, aest. 35; Maxau 465, aest. 47; Mannheim 379, aest. 54 Stm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Storbefälle und Beerdigungszeiten. 20. Januar: Karl Reischer, 81 Jahre alt, Chemann, Fabrikant. Beerdigung am 22. Januar, 14 Uhr. Anna Kraft, 23 Jahre alt, ledig, Hausangestellte. Maria, 7 Jahre alt, Vater Michael Kaufmann, Maurer (Rheinsabern). Johanna Clorer, 54 Jahre alt, geb. Schnauer, Werner, 1 Monat alt, Vater Otto Schmitt, Lokomotivheizer. Beerdigung am 22. Jan., 13.30 Uhr. Karl Kammerer, 40 Jahre alt, ledig, Hilfsarbeiter (Manteloch).

Dereinsanzeiger

Karlsruhe — Winterport. Sonntag bei günstigen Schneeverhältnissen Auslauf in Herrenwies. Näheres Vereinsanzeiger Samstag.

Gefredaktion: Georg Schödlin. Verantwortlich: Rolfert, Friedrich, Baden, Volkszeitung. Aus aller Welt, Rechte Nachrichten: E. Gröbner, Baden, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittellbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neuland. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Musiktheater, Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Röhler. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei, Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.



Am Colosseum errast zur Zeit der 11jährige Selim u. L. i. t. e. t. e. s. großes Aufsehen, denn trotz seines Kindesalters zeigt er geradezu phänomenale Kraftleistungen. U. a. zerreißt er mehrere Millimeter starke Rettungslieder, biegt starke Eisenstangen zu Spiralen um.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Weitere Veranstaltungen finden statt:

Mittwoch, den 21. Januar:
Mörsch, Amt Ettlingen: Vormittags 10 Uhr im Rathaus öffentliche Versammlung mit Vortrag des Gen. Häffner, Karlsruhe über „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“.

Donnerstag, den 22. Januar:
Stein, Amt Forstheim: Abends 8 Uhr, im Rathausaal öffentliche Vortrag über „Das Raubrecht des Raubers“. Referent: Gen. Direktor Wissem, Karlsruhe.

Saggsfeld, Soz. Verein. Letzten Sonntag hielt der Sozialdemokratische Verein seine diesjährige Generalversammlung ab, die auf Bescheid war. Der 1. Vorsitzende, Gen. L. Binder, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Hierauf gab er einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, wobei er die wirtschaftliche Lage und ihre Beeinträchtigungen einer eingehenden Kritik unterzog. Des weitern dankte der Redner allen Mitarbeiterinnen für ihre Tätigkeit. Den Kassenbericht gab Gen. E. Schaarman an. Ueber konnte er infolge unzureichender Arbeitslosigkeit nichts Erfreuliches berichten. Der Kassienbericht gab Gen. S. Kausch, der für den Kassier Einkaufung bekräftigte, da Bücher und Belege in bester Ordnung seien. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Auch über den Stand unserer Presse wurde berichtet, er kann trotz großer Erwerblosigkeit als gut bezeichnet werden, jedoch ist den früheren Lesern des Volksfreund empfohlen, sobald es ihre Verhältnisse wieder erlauben, die Parteizentrale in Karlsruhe wieder zu besuchen. Ebenfalls sei noch die reichhaltige Bibliothek erwähnt und den Mitgliedern zur Benutzung empfohlen. Ausgegeben ist jeden Mittwoch von 6-7 Uhr abends bei Robert Fischer, Schulstraße. Im Punkt Neuwahl wurde die Gesamterwaltung einstimmig wiedergewählt. — Im Punkt Verschiedenes wurden einige geschäftliche Mitteilungen erledigt und besprochen u. a. die bevorstehende Bürgermeisterwahl. Die Mehrheit der Partei beschloß die Aufstellung eines eigenen Kandidaten.

Am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende im Auftrage des Landesvorstandes eine Ehrung vornehmen. Gen. Ernst Weber erlangte sein 25jähriges Parteijubiläum feiern. Der Vorsitzende überbrachte Gen. Weber die Glückwünsche des Landesvorstandes sowie des Ortsvereins und wies auf die Tätigkeit hin die Gen. Weber in der Partei und im Bürgerausschuß entfaltet hat. Wägen die Jungen diesem Beispiel nachzueifern. Daraus konnte der Vorsitzende die entsprechend verlaufene Generalversammlung schließen mit einem Appell zu neuer, praktischer Arbeit im Interesse der Partei und der Allgemeinheit.

Grünwettersbach. Vergangenen Samstagabend fand im Gasthaus zum Adler eine gut besuchte Parteiversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Gen. Giermann sprach in eingehendem Vortrage über das Parteiprogramm. Er machte hierbei auch Stellungnahme zur kommenden Gemeindevahl, die vom Gemeindevorstandern angedacht und hierauf vom Bezirksrat für ungünstig erklärt wurde, wurde in sachlicher Weise behandelt. Die Sozialdemokratische Partei steht auch der kommenden Wahl wieder entgegen. Fest steht jedoch, falls der Gemeindevorstand wieder seine zwei Vertreter im Gemeinderat erhalten hätte, er die Wahl nicht angefochten hätte. Daran wird wohl niemand zweifeln. Die Sozialdem. Partei wird wieder mit ihrem letzten Wahlvorsatz unverändert in den Wahlkampf ziehen. An unsere Anhänger ergeht heute schon der Mahnruf, sich einig und bleibe

Am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende im Auftrage des Landesvorstandes eine Ehrung vornehmen. Gen. Ernst Weber erlangte sein 25jähriges Parteijubiläum feiern. Der Vorsitzende überbrachte Gen. Weber die Glückwünsche des Landesvorstandes sowie des Ortsvereins und wies auf die Tätigkeit hin die Gen. Weber in der Partei und im Bürgerausschuß entfaltet hat. Wägen die Jungen diesem Beispiel nachzueifern. Daraus konnte der Vorsitzende die entsprechend verlaufene Generalversammlung schließen mit einem Appell zu neuer, praktischer Arbeit im Interesse der Partei und der Allgemeinheit.

Grünwettersbach. Vergangenen Samstagabend fand im Gasthaus zum Adler eine gut besuchte Parteiversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Gen. Giermann sprach in eingehendem Vortrage über das Parteiprogramm. Er machte hierbei auch Stellungnahme zur kommenden Gemeindevahl, die vom Gemeindevorstandern angedacht und hierauf vom Bezirksrat für ungünstig erklärt wurde, wurde in sachlicher Weise behandelt. Die Sozialdemokratische Partei steht auch der kommenden Wahl wieder entgegen. Fest steht jedoch, falls der Gemeindevorstand wieder seine zwei Vertreter im Gemeinderat erhalten hätte, er die Wahl nicht angefochten hätte. Daran wird wohl niemand zweifeln. Die Sozialdem. Partei wird wieder mit ihrem letzten Wahlvorsatz unverändert in den Wahlkampf ziehen. An unsere Anhänger ergeht heute schon der Mahnruf, sich einig und bleibe

Am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende im Auftrage des Landesvorstandes eine Ehrung vornehmen. Gen. Ernst Weber erlangte sein 25jähriges Parteijubiläum feiern. Der Vorsitzende überbrachte Gen. Weber die Glückwünsche des Landesvorstandes sowie des Ortsvereins und wies auf die Tätigkeit hin die Gen. Weber in der Partei und im Bürgerausschuß entfaltet hat. Wägen die Jungen diesem Beispiel nachzueifern. Daraus konnte der Vorsitzende die entsprechend verlaufene Generalversammlung schließen mit einem Appell zu neuer, praktischer Arbeit im Interesse der Partei und der Allgemeinheit.

Grünwettersbach. Vergangenen Samstagabend fand im Gasthaus zum Adler eine gut besuchte Parteiversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Gen. Giermann sprach in eingehendem Vortrage über das Parteiprogramm. Er machte hierbei auch Stellungnahme zur kommenden Gemeindevahl, die vom Gemeindevorstandern angedacht und hierauf vom Bezirksrat für ungünstig erklärt wurde, wurde in sachlicher Weise behandelt. Die Sozialdemokratische Partei steht auch der kommenden Wahl wieder entgegen. Fest steht jedoch, falls der Gemeindevorstand wieder seine zwei Vertreter im Gemeinderat erhalten hätte, er die Wahl nicht angefochten hätte. Daran wird wohl niemand zweifeln. Die Sozialdem. Partei wird wieder mit ihrem letzten Wahlvorsatz unverändert in den Wahlkampf ziehen. An unsere Anhänger ergeht heute schon der Mahnruf, sich einig und bleibe

Am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende im Auftrage des Landesvorstandes eine Ehrung vornehmen. Gen. Ernst Weber erlangte sein 25jähriges Parteijubiläum feiern. Der Vorsitzende überbrachte Gen. Weber die Glückwünsche des Landesvorstandes sowie des Ortsvereins und wies auf die Tätigkeit hin die Gen. Weber in der Partei und im Bürgerausschuß entfaltet hat. Wägen die Jungen diesem Beispiel nachzueifern. Daraus konnte der Vorsitzende die entsprechend verlaufene Generalversammlung schließen mit einem Appell zu neuer, praktischer Arbeit im Interesse der Partei und der Allgemeinheit.

Grünwettersbach. Vergangenen Samstagabend fand im Gasthaus zum Adler eine gut besuchte Parteiversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Gen. Giermann sprach in eingehendem Vortrage über das Parteiprogramm. Er machte hierbei auch Stellungnahme zur kommenden Gemeindevahl, die vom Gemeindevorstandern angedacht und hierauf vom Bezirksrat für ungünstig erklärt wurde, wurde in sachlicher Weise behandelt. Die Sozialdemokratische Partei steht auch der kommenden Wahl wieder entgegen. Fest steht jedoch, falls der Gemeindevorstand wieder seine zwei Vertreter im Gemeinderat erhalten hätte, er die Wahl nicht angefochten hätte. Daran wird wohl niemand zweifeln. Die Sozialdem. Partei wird wieder mit ihrem letzten Wahlvorsatz unverändert in den Wahlkampf ziehen. An unsere Anhänger ergeht heute schon der Mahnruf, sich einig und bleibe

Am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende im Auftrage des Landesvorstandes eine Ehrung vornehmen. Gen. Ernst Weber erlangte sein 25jähriges Parteijubiläum feiern. Der Vorsitzende überbrachte Gen. Weber die Glückwünsche des Landesvorstandes sowie des Ortsvereins und wies auf die Tätigkeit hin die Gen. Weber in der Partei und im Bürgerausschuß entfaltet hat. Wägen die Jungen diesem Beispiel nachzueifern. Daraus konnte der Vorsitzende die entsprechend verlaufene Generalversammlung schließen mit einem Appell zu neuer, praktischer Arbeit im Interesse der Partei und der Allgemeinheit.

Grünwettersbach. Vergangenen Samstagabend fand im Gasthaus zum Adler eine gut besuchte Parteiversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Gen. Giermann sprach in eingehendem Vortrage über das Parteiprogramm. Er machte hierbei auch Stellungnahme zur kommenden Gemeindevahl, die vom Gemeindevorstandern angedacht und hierauf vom Bezirksrat für ungünstig erklärt wurde, wurde in sachlicher Weise behandelt. Die Sozialdemokratische Partei steht auch der kommenden Wahl wieder entgegen. Fest steht jedoch, falls der Gemeindevorstand wieder seine zwei Vertreter im Gemeinderat erhalten hätte, er die Wahl nicht angefochten hätte. Daran wird wohl niemand zweifeln. Die Sozialdem. Partei wird wieder mit ihrem letzten Wahlvorsatz unverändert in den Wahlkampf ziehen. An unsere Anhänger ergeht heute schon der Mahnruf, sich einig und bleibe

Am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende im Auftrage des Landesvorstandes eine Ehrung vornehmen. Gen. Ernst Weber erlangte sein 25jähriges Parteijubiläum feiern. Der Vorsitzende überbrachte Gen. Weber die Glückwünsche des Landesvorstandes sowie des Ortsvereins und wies auf die Tätigkeit hin die Gen. Weber in der Partei und im Bürgerausschuß entfaltet hat. Wägen die Jungen diesem Beispiel nachzueifern. Daraus konnte der Vorsitzende die entsprechend verlaufene Generalversammlung schließen mit einem Appell zu neuer, praktischer Arbeit im Interesse der Partei und der Allgemeinheit.

SCHAUBURG

Marienstraße 16 Telefon 6284

8.15
8.45
Uhr

Das große Erfolgs wegen verlagern wir um 3 Tage

Mittwoch Donnerstag Freitag

den ersten 100%igen Tonfilm mit

WILHELM DIETERLE Der Tanz geht weiter

Ein toller wie „Der Gräber“, packend vom ersten Bilde an, brillant gemacht, virtuos gesteigert. Ein Film, den man gesehen haben muß! 1276

Dazu: **Tierfreundschaften**
10 Minuten Idyllisches aus der Tierwelt.

Putzi in der Badewanne
die Konkurrenz der Micky-Maus, und als Einlage nur noch heute und morgen

Im Kristallpalast
Revue in 4 Bildern mit einem fabelhaften Tänzerpaar

Eine nochmalige Prolongation ist ausgeschlossen! Freitag unwiderrüchlich letzter Tag des Programmes!

Ich habe mich in Karlsruhe als

Rechtsanwalt

niedergelassen und bin beim Amts- und Landgericht Karlsruhe, sowie bei der Kammer für Handelssachen in Pforzheim zugelassen.

Meine Büroräume habe ich gemeinsam mit Herrn Rechtsanwalt Karl Peter im Hause Kaiserstraße 241 n. Telefon-Nr. 2732.

Dr. Albert Krämer, Rechtsanwalt

Am Kontarüberfahren über das Vermögen des Josef Schmideder dahier soll die Schlupferteilung vollzogen werden. Das Schlupferteilungsgeld habe ich beim Amtsgericht A7 dahier niedergelegt. Verfügbar sind 562,26 M. Die Forderungen betr. 4418,89 M. Karlsruhe, 20. Jan. 1931. Der Kontarüberwahrer Johann Wüb, Hans-Thoma-Straße 5

Mahnung.
Verfallene Kirchensteuern sind binnen 8 Tagen zu bezahlen. 1271
Karlsruhe, den 20. Januar 1931.
Evans. Gemeindeamt.

Kathausjaal
Freitag, den 23. Januar 1931
abends 8 Uhr
Feier des 200. Geburtstages des Generals Fr. Wilhelm von Steuben

Steuben

als Sinnbild des Wiedererwachens des amerikanischen Deutschtums

Die Gedenkrede hält Herr Oberregierungsrat Bauer mit dem Thema: „Friedrich Wilhelm von Steuben u. der deutsche Anteil am Aufbau Amerikas“

Für die musikalische Umrahmung stellte sich das Schillerorchester des Humboldtrealgymnasiums unter Leitung von Herrn Musiklehrer Auler zur Verfügung

Veranstaltet: Unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Karlsruhe vom

Verein für das Deutschtum im Ausland

Eintritt frei! 1272
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung aus allen Kreisen.

Durlacher Anzeigen

Biehucheneigentümern.

Die Zählungslisten über den Viehbestand in der Stadt Durlach einschließlich des Stadteils Aue vom 1. Dezember 1930 liegen vom 21. bis 27. Januar ds. Js. während den üblichen Dienststunden auf dem Rathaus, 3. St., Zimmer Nr. 8, zur Einsicht auf. Die Listen sind für die Berechnung der Beiträge maßgebend, welche die Besitzer von Tieren des Pferde- und Rindviehbesitzes nach dem Viehucheneigentümerngesetz zu zahlen haben. 277
Berichtigungsanträge sind innerhalb der obigen Frist einzubringen.
Durlach, den 19. Januar 1931.
Der Oberbürgermeister.

Gaggenauer Anzeigen

Diejenigen Personen, welche zur Zeit arbeitslos sind und ihre Steuerkarte noch nicht abgeholt haben, werden darauf aufmerksam gemacht, diese innerhalb 3 Tagen auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 1, in Empfang zu nehmen. 275
Gaggenau, den 20. Januar 1931.
Der Bürgermeister:
S. B. B. F. H.

Brennholz-Verfeigerung.

Die veröffentlichte Bekanntmachung, wonach die Holzverfeigerung am Freitag, den 23. Januar 1931, stattfinden soll, ist unrichtig. Die Verfeigerung (60 St. Buchenes, eichenes und tanneses Brennholz) findet am Mittwoch, den 21. ds. Mts., nachm. 2 Uhr, statt. Zutritt nur an der Burgbrücke. Gaggenau, 20. Januar 1931.
Der Bürgermeister:
S. B. B. F. H.

Kindermehl
mit 55%
Gemüse
enthaltend
sagt der Arzt!
Verlangen Sie
Roth's
Gemüseweibackmehl
in den Apotheken
und Drogerien.

3 Wiesen
zu verkaufen!
2 Wiesen im Steinweg,
1 Wiese bei Ruppurr.
Räuber's Wegmann,
Karlsruhe, Riehlstraße,
Breitstraße Nr. 85

Hochzeit, Eulaw.
Smoking u. Frack-
einzüge, lat. neu, billig,
nennend bill. absug.
Jahresgefle. 33a, II.

2 Maskenhochzeiten
(Sprechstunden u. Hol-
länderin) 4 u. 5 Uhr zu
verkaufen. Rendel's
Johnplatz 2, 2. St. recht

St. Johanner
Weiß-
Wein

offen vom Fab
Liter
65

Ruppertsberg.
Rot-
wein

offen vom Fab
Liter
70

BUCHERER
5% Rabatt

Hausfrauen: Konferven in Massen!

Denkt Ihr noch an voriges Jahr? Es war eine Sensation! Unsere heutigen Preise u. Qualitäten stellen alles Dagewesene in den Schatten!

Gemüse-Erbsen 2 Pfund-Dose 48	Jg. Schnitt- und Brech-Bohnen 2 Pfund-Dose 48	Erbsen m. Karotten 2 Pfund-Dose 70	Erdbeeren 1/2 Dose 1.50
Junge Erbsen 2 Pfund-Dose 60	Jg. Brechbohnen 1 2 Pfund-Dose 68	Erbsen m. Karotten, mittelfein 2 Pfund-Dose 90	Pflaumen 1/2 Dose 65
Junge Erbsen mittelfein 2 Pfund-Dose 78	Prinzebohnen 2 Pfund-Dose 75	Erbsen mit Karotten, fein 2 Pfund-Dose 1.40	Pfirsiche 1/2 Dose 1.50
Kaiserschoten 2 Pfund-Dose 1.45	Karotten geschnitten 2 Pfund-Dose 32	Tomatenpüree 2 Pfund-Dose 75	Mirabellen 1/2 Dose 1.05
	Junge Karotten 2 Pfund-Dose 55	Bayrische Pfifferlinge 2 Pfund-Dose 1.55	Heidelbeeren 1/2 Dose 90
	Junge kleine Karotten 70	Bayrische Pfifferlinge klein 2 Pfund-Dose 2.00	Preißelbeeren 1/2 Dose 98
	Italienisches Tomatenmark 1/2 Dose 25, 1/4 Dose 48	Leipziger Allerlei 2 Pfund-Dose 70	Stachelbeeren 1/2 Dose 1.10
	Spargelabschnitte 1 Pfund-Dose 85	Leipziger Allerlei mittelfein 2 Pfund-Dose 95	Apfelmus (Hefevetia) 10 Pfund-Dose 2.95
	Brechspargel 1 Pfund-Dose 1.10	Leipziger Allerlei fein 2 Pfund-Dose 1.40	Rote Beete 2 Pfund-Dose 70
		Dellkatebohnen fadenfrei 2 Pfund-Dose 75	Rote Beete 1 Pfund-Dose 40
		Stangen-Spargel 50/60 er 2 Pfund-Dose 2.25	
		Stangen-Spargel 50/60 dünn 1 Pfund-Dose 1.30	
		Schwarzwurzeln 1 Pfund-Dose 95	
		Brechbohnen 1 Pfund-Dose 40	

Heute **Süßer Nachmittag** mit Konzert

KNOPE

Wegen Geschäftsübergabe am 1. Febr.

muß ich meinen Total-Ausverkauf bis 31. Januar beendet haben. Alle noch vorhandenen Waren habe ich zu unerreicht vorteilhaften Gelegenheitspreisen zusammengestellt

Ob Bettendamast, Halbleinen oder Haustuche, ob Bettuchdiber, Bettbarchent oder Hemdenstoffe
ganz gleich: Um zu räumen, hat der Rotstift **rücksichtslos heruntergezeichnet!!**
Die Preis-Herabsetzungen bewegen sich zwischen **20 u. 50%**
Kommen Sie rechtzeitig, dann kaufen Sie am vorteilhaftesten
Hochachtungsvoll

Conrad Goedtler
Inhaber: PHILIPP HENNEKA
ETTLINGEN IN BADEN

„Zum Ketterer“ am Bahnhof

Heute Mittwoch **erster Kappen-Abend**

Humor und Stimmungsprogramm der beliebten Kapelle Haßler und Muckl
Erscheint wieder in Massen!
Nächster Kappen-Abend Samstag, 24. Jan.

JOHANN VOGEL
Elektrotechn. Installationsgeschäft
Werderstraße 1 Telefon 4252
Ausführung von **elektrischen Licht-, Kraft- und Schwachstromanlagen**
Beleuchtungskörper, Motore, Telefon, Türöffner usw.

Unentbehrlich ist der Volksfreund
die Anspruch darauf erhebt, als durchgreifend und erfolgssicher bezeichnet zu werden. Jede Voraussetzung für eine geschäftlich lohnende Bearbeitung großer Käuferkreise in Stadt und Land sind bei unserem angesehenen Organ in großem Maße gegeben.

Milch u. Molkereiprodukte

die billigsten und gesündesten Nahrungsmittel erhalten Sie in bester Qualität von der

Milchzentrale Karlsruhe
Lauterbergstraße 3 G. m. b. H.
durch die angeschlossenen 80 Milchhändler

Badisches Candesstheater
Mittwoch, 21. Jan.
Sofortbühne
Januarvorstellung
Das Lamm des Armen
Dramafilm von Stefan Zweig
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Bertram, Gerhardt, Dahlen, Gemmeke, Graf, Dietl, Holbach, Hüder, D. Kienischer, Kiesel, Rühne, Richter, Brüder, Schulze, Grimm, Lutzer, S. Kienischer, Müller, S. Seibert
Anfang 19.30 Uhr
Ende 22 Uhr
Breite A (0.70-5.00 M.)
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 276
Do. 22. 1. Leben des Drefl. Fr. 23. 1. Die schöne Helena. Sa. 24. 1. In halben Breiten Der Evangelist.
Sa. 25. 1. Nachmittags- und Abends des Armen. Abends: Neu einstudiert: Die Jauberflöte. Im Konzertsaal: Zum ersten Mal: Wie werde ich reich und glücklich. Sa. 26. 1. Das Lamm des Armen.

Billige Kohlen!
Bis auf weiteres **Freitags u. Samstags** werden **Magar-Eisenerzkohle** für Ofen- und Herdfeuerung vorzüglich geeignet, zum Ausnahmepreis von **RM. 1.60** der Zentner fuhrweise gegen bar abzugeben. — **Abgabestelle:** Stadt-Lager Karlsruhe-Reinhardt-Süd-Decken, Kran 5. — Verweisung erfolgt auf der Stadt-Waage b. Sägewerk Fuchs **Joseph Senker G. m. b. H.**

Colloleum
Heute 8 Uhr **Elite-Variété-Programm**
Aldann finden **Thomas-Haber** **Sauer-Vogmann** (Entscheidung) **Stoiznawic-Froschka** (Entscheidung)

FARBEN-LACKE-OELE
für jeden Zweck **streichfertig** **billig und gut**
/arben- /acke- /abrik **Franz Luipold**
Körnerstr. 36, b. Gutenbergplatz

Strümpfe
herden angefrt
Ante Strickflachen
ungearbeitet
Renanntfertigung bill.
Hofstr. 25, 3. St.

Bebel spricht
zu uns aus der jetzt erschienenen Neu-Auflage von
Aus meinem Leben
3 Teile in einem Band.
Leinen gebunden RM. 8.50
Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zahlen gegen entsprechenden Ausweis den Organisations-Preis von **RM. 6.75**

Gelegenheitskauf!
2 moderne Küchen
natur lasiert
wenig gebraucht
wie neu
spottbillig
abzugeben
Möbelhaus
Carl Baum & Co.
30 Erdprinsenstr. 30
Kein Laden
Ständiges Lager über 100
Zimmer und Küchen

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe/Baden
Waldstr. 28 Fernruf 7020/21

RESTE Herrenstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe **sehr billig**

Leipheimer & Mende